GEW

- **Beharrlich gegen rechts**
- **TV-L-Rückblick**

# DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Januar/Februar
2024**

**Beharrlich gegen rechts**

3 **Warum Gewerkschaften antifaschistisch sein müssen**
von Stefan Dietl

5 **Netzwerk Wissenschaftsfreiheit – Freiheitskämpfer oder reaktionärer Kulturkampf?**
von Christiane Fuchs

7 **Deutschland und die EU schotten sich weiter ab**
von Christiane Wagner und Dorothea Weniger

8 **Projekt LediZ: Interaktive digitale Zeugnisse von Überlebenden des Holocaust**
von Lisa Schwendemann und Ernst Hüttl

10 **Berichte zum Thema**
- Rechtsextreme Strukturen an Hochschulen – ein Seminarbericht
- Business, Ideologie und militante Netzwerke in der Musikszene

11 **Erlesenes zum Thema**
- Lesenswert: Handbuch Demokratiepädagogik
- Materialliste gegen rechts

**Rückblick auf die TV-L-Warnstreiks**

12 **Streik an der Mathilde-Eller-Schule in München**
von Angelika Kraus, Stefan Prazeres da Costa und Siggi Grob

13 **Warnstreiks in Bayern in Bildern**
aus Augsburg, Bamberg, Erlangen, München und Würzburg

15 **Kommentar zum TV-Stud**
von Christian Zimmerer

**Was es sonst noch gibt**

15 **Erlesenes**
Wir verlieren unsere Kinder

16 **Kampf gegen die Militarisierung der Universitäten**
von Nuria Perez Rivas

18 **Rechtliches**
Anerkennung von Werbungskosten für ehrenamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit

19 **Berichte**
- KV Nordoberpfalz: Gegen Rüstungswahn und Hetze gegen Geflüchtete
- Menschenrechte für ein gutes Leben ohne Diskriminierung
- Vom goldenen Haar bis zum ABS-System des Sprechens
- Blick zurück nach vorn: Aktuelle Frauenkämpfe und ihre Wurzeln
- 1.110 Jahre in der Bildungsgewerkschaft

**Rubriken**

21 **Veranstaltungen**
22 **Geburtstage und Jubiläen**
24 **Kontakte**


**Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder erfolgt nach Terminvereinbarung.**

**Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.**

**E-Mail: rechtsstelle@gew-bayern.de Tel.: 089 544081-14**

## Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

## Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig! ... Wichtig!

### Hinweis zur Beitragsquittung für 2023

Die Beitragsquittung für 2023 kann seit Mitte Januar online abgerufen werden (gew.de/beitragsbescheinigung). Wichtige Änderungen deiner Mitgliedsdaten sind ebenfalls online möglich. Dafür muss man registriert sein. Wer sich neu registrieren möchte, braucht dafür Benutzername, Passwort, E-Mail-Adresse, Mitgliedsnummer und Geburtsdatum. Die Unterlagen stehen dann ein Jahr zum Download bereit. Außerdem wird die Beitragshöhe für 2023 auf einem deiner nächsten Kontoauszüge ausgewiesen.

Auf Wunsch sendet dir die Mitgliederverwaltung eine Beitragsbescheinigung per Post oder nimmt Änderungen an deinen Mitgliedsdaten (Arbeitsplatz, Einkommen, Bankverbindung, E-Mail-Adresse o. Ä.) entgegen (mitgliederverwaltung@gew-bayern.de, Telefon: 089 544081-16). Die Beitragsbescheinigung wird nicht per E-Mail versandt.

**Eure DDS-Redaktion**

Die **Internationale Münchner Friedenskonferenz 2024** findet als friedenspolitische Ergänzung zur Münchner »Sicherheitskonferenz« unter dem Motto »Frieden und Gerechtigkeit gestalten – NEIN zum Krieg!« von Freitag, 16. Februar bis Sonntag, 18. Februar statt. Das Progamm findet ihr unter friedenskonferenz.info oder ihr nutzt diesen QR-Code.

Ausblick auf die nächsten DDS-Ausgaben (Arbeitstitel): DDS 3/2024 Frauen/Gender, DDS 4/2024 Ökonomie, DDS 5/2024 Arbeitszeit


**Impressum:**

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810
E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • facebook.com/GEWBayern/
**Redaktionsleiterin:** Dorothea Weniger *(dw)*, Neumarkter Str. 22, 81673 München
E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de
**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Verena Escherich *(ve)*, Kilian Gremminger *(kg)*, Eva Huber (eh), Karin Just *(kj)*, Petra Nalenz *(pn)*, Gele Neubäcker *(gn)*, Magnus Treiber *(mt)*, Chrissi Wagner *(cw)*, Wolfram Witte *(ww)*
**Gestaltung:** Karin Just
**Bildnachweis:** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt) Titel: IMAGO / Müller-Stauffenberg
**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎089 5029994
**Anzeigenannahme:** nur über die Redaktionsleitung
**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.
Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

# Warum Gewerkschaften antifaschistisch sein müssen

Vor dem alten Münchner Gewerkschaftshaus in der Schwanthaler Straße sammeln sich Gewerkschafter*innen zu einer Demonstration gegen rechts.

**Bei der bayerischen Landtagswahl erzielte die AfD ihr bestes Ergebnis in einem westdeutschen Bundesland. Die Wahlerfolge der extremen Rechten sind auch eine Herausforderung für uns Gewerkschafter*innen.**

Gerne inszeniert sich die AfD als »Partei des kleinen Mannes« und präsentiert sich gerade in Krisenzeiten als einzig echte Opposition und Kämpferin gegen das Establishment. Im deutlichen Kontrast zu dieser Außendarstellung steht jedoch die Programmatik und politische Praxis der Rechtspartei.

## Neoliberal und unsozial

Tatsächlich steht die AfD für eine neoliberale Agenda des Abbaus sozialer Sicherungssysteme, der weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Steuergeschenke für Unternehmen und Besserverdienende. Letzteres auf Kosten der Allgemeinheit, die nach dem Willen der Partei aufgrund der von ihr geforderten Einschränkung staatlicher Aufgaben und der umfassenden Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge dafür die Zeche zahlen soll. Betroffen von diesem sozialen Kahlschlag wäre insbesondere der von der AfD gerne angeführte »kleine Mann«.

Verschärfte soziale Auslese und die Ausgrenzung sozial Benachteiligter prägt auch die Bildungspolitik der AfD. Dazu gehört die Ablehnung der Gesamtschule, die Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten zu Gymnasien und Universitäten, die Beibehaltung des viergliedrigen Schulsystems und die stärkere staatliche Förderung von Privatschulen.

Auch bei der Energiekrise bleibt die AfD ihrer wirtschaftspolitischen Agenda treu. Statt Entlastungen für Lohnabhängige, mehr Unterstützung für Sozialleistungsberechtigte oder gezielten Hilfen für Geringverdienende fordert die AfD Steuersenkungen für Konzerne und Spitzenverdiener*innen sowie eine härtere Gangart gegen Erwerbslose. Im Bundestag stimmte die AfD gegen beinahe alle Maßnahmen zur Begrenzung der Energie- und Lebenshaltungskosten. Die Einführung des Bürgergeldes lehnte sie ebenso ab wie die Energiepreispauschale, den Energiepreisdeckel, den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus oder eine Übergewinnsteuer für Krisenprofiteur*innen.

Die AfD steht also nicht nur für die Ausgrenzung und Diskrimierung von Geflüchteten und Migrant*innen, sondern auch für eine durch und durch arbeitnehmer*innenfeindliche Politik – und letztlich gegen alles, wofür wir als Gewerkschafter*innen eintreten.

## Volksgemeinschaft statt Gewerkschaften

Ihre menschenverachtenden und unsozialen Positionen sind jedoch nicht der einzige Grund, warum wir als Gewerkschafter*innen der AfD entgegentreten sollten. Als Gewerkschaften verstehen wir uns als Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten, unabhängig beispielsweise von Herkunft, Hautfarbe oder geschlechtlicher Identität. Egal ob alt oder jung, ob mit deutschem Pass oder ohne, wichtig ist einzig und allein der Wille, sich zur kollektiven Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zusammenzuschließen.

Diese gewerkschaftliche Leitidee steht dem von der AfD propagierten völkischen Nationalismus diametral und unversöhnlich gegenüber. Im völkisch-nationalen Denken gilt die eigene Stellung in der Gesellschaft als naturgegeben und ist zu akzeptieren.

Der*die Einzelne hat sich vollständig dem großen Ganzen – der über Abstammung definierten Volksgemeinschaft – unterzuordnen. Alle haben »an einem Strang zu ziehen«, zum Wohle der Nation gegen die inneren und äußeren Feinde der Volksgemeinschaft. Gesellschaftliche Gegensätze wie der zwischen Kapital und Arbeit werden dabei geleugnet. Für die AfD, wie auch für andere faschistische Bewegungen, gibt es keinen Klassenwiderspruch oder widerstreitende Interessen. Es gibt nur die Nation. Die Verfolgung gruppenspezifischer Interessen – wie die der Lohnabhängigen – gilt als die Volksgemeinschaft zersetzend und schädlich.

Doch es gibt in dieser Gesellschaft im Widerspruch stehende Interessen. Deshalb braucht es auch die unabhängigen Interessenvertretungen der Lohnabhängigen, die Gewerkschaften. Die Auflösung aller Gegensätze in der Volksgemeinschaft, die Behauptung einer weitgehenden Übereinstimmung der Interessen von Unternehmen und Arbeitenden wird durch die schiere Existenz dieser Gewerkschaften widerlegt – und damit die Grundidee des völkischen Nationalismus.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften stand deshalb immer ganz oben auf der Tagesordnung autoritärer, rechter Regime. Der völkische Nationalismus der AfD ist also nicht nur mit unserem gewerkschaftlichen Denken unvereinbar, er zielt zudem auf das Ende jeglicher unabhängigen Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten ab.

Der Antifaschismus ist für uns als Gewerkschafter*innen daher mehr als nur eine Grundüberzeugung, er ist im wahrsten Sinne des Wortes existenziell.

## Was tun?

Dieser Gegensatz zum völkischen Nationalismus sollte auch im Mittelpunkt all unserer Überlegungen stehen, wie wir der AfD entgegentreten können. Es gilt, unser gewerkschaftliches Grundprinzip des Zusammenschlusses aller abhängig Beschäftigten unabhängig von ethnischen und sonstigen Zuschreibungen stärker als bisher in unserer Mitgliedschaft zu verankern und ins Zentrum unserer alltäglichen gewerkschaftlichen Praxis zu rücken. Es muss selbstverständlicher Teil unserer Bildungsarbeit, unserer Mitgliederversammlungen wie auch unserer tariflichen Arbeit sein und es muss für alle Kolleg*innen selbstverständlich sein, dass dieses Grundprinzip die Grundlage unserer gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisierung ist. Dabei darf unsere Leitidee jedoch kein frommer Wunsch bleiben, sondern muss tagtäglich praktisch mit Leben gefüllt werden. Konkret bedeutet dies unter anderem, die Bemühungen, migrantische Beschäftigte zu organisieren, deutlich auszubauen. Zugleich muss der von der AfD geleugnete Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wieder einen größeren Stellenwert in unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit einnehmen.

Trotz ihrer arbeitnehmer*innen- und gewerkschaftsfeindlichen Programmatik ist die AfD vor allem bei denjenigen erfolgreich, die unter ihrer Politik des Sozialabbaus und der neoliberalen Deregulierung am meisten zu leiden hätten oder in manchen Regionen bereits leiden. Wie nicht zuletzt die bayerischen Landtagswahlen gezeigt haben, machen auch zahlreiche Gewerkschafter*innen ihr Kreuz rechtsaußen. Erneut wählten laut Nachwahlbefragungen Gewerkschaftsmitglieder überproportional oft die AfD. Mehr als jede*r sechste Gewerkschafter*in in Bayern votierte für diese Rechtspartei. Die Wahlerfolge der AfD sind also kein Problem »der anderen«. Der vielfach beklagte Rechtsruck findet im Gegenteil auch mitten in unseren Gewerkschaften statt.

Dieser Entwicklung müssen wir die Aufklärung über die gewerkschafts- und arbeitnehmer*innenfeindlichen Ziele und Positionen der AfD entgegensetzen. Die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD steht nur selten im Fokus der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit. Studien zeigen, dass die Haltung der AfD in sozialen Fragen nur den wenigsten Wähler*innen bekannt ist. Auch wenn es manchmal mühselig erscheint und sich leider nicht alle vom besseren Argument überzeugen lassen, gilt es hier anzusetzen und zu verdeutlichen, welche verheerenden Auswirkungen die Programmatik der AfD für abhängig Beschäftigte hätte.

## Laut gegen rechts

Vor allem jedoch gilt es, sich der AfD, wo immer sie auftritt, um ihre menschenverachtende Hetze zu verbreiten, entschieden entgegenzustellen. Ob im Betrieb oder auf der Straße müssen wir gegen Rassismus und Diskriminierung laut bleiben und deutlich machen:

Wer gegen unsere migrantischen Kolleg*innen hetzt und sozial Benachteiligte ausgrenzt, bekommt es mit uns zu tun und muss mit unserem Widerstand rechnen.

**von Stefan Dietl**
Gewerkschafter und Publizist

**Weiterführende Literatur**

Stefan Dietl, Robert Andreasch: #noAfD: Keine Alternative für Beschäftigte. AfD-Positionen unter der Lupe. Kostenloser Download: bayern.dgb.de/service/broschueren/noafd-keine-alternative-fuer-beschaeftigte_1
Anja Piel (Mitglied des DGB-Bundesvorstands): Warum die AfD keine Partei für Beschäftigte ist. einblick Dezember 2023/Januar 2024 v. 5.12.2023, dgb.de

**Siehe auch die Leseempfehlungen auf Seite 11 dieser DDS.**

# Netzwerk Wissenschaftsfreiheit – Freiheitskämpfer oder reaktionärer Kulturkampf?

Foto: IMAGO / epd

**Seit 2021 existiert mit dem »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« ein professoral dominierter Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, die in den Medien lautstark die Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit durch linken Aktivismus beklagen. Der folgende Text nimmt das Netzwerk in den Blick.**

Das Gespenst der »Cancel Culture« geht um. Was hierzulande zunächst Einzug in die Feuilletons überregionaler Zeitungen fand, sickerte im Laufe der Zeit auch in den wissenschaftspolitischen Diskurs ein. Mit dem »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« (NWF) ist nun ein lautstarker Lobbyverband zur Stelle, der den »Cancel Culture«-Spuk kräftig befeuert. 2021 gegründet hat NWF laut Eigenauskunft derzeit über 750 Mitglieder; die überwältigende Mehrheit sind Professor*innen.[1] Nicht jede*r kann Mitglied werden. Zugang erhält in der Regel nur, wer promoviert und wissenschaftlich tätig ist. Das Geld Nichtpromovierter nimmt man allerdings gerne: NWF-Unterstützer*innen zahlen zwar den vollen Beitragssatz, sie haben aber kein Stimmrecht und keine Möglichkeit der Mitbestimmung.

Den für eine Mitgliedschaft unwürdigen Studierenden empfiehlt das Netzwerk die Mitgliedschaft im sogenannten Partnerverein »Studentische Initiative Hochschuldialog e. V.« (SIH). Schon diese zweigleisige Organisierungsstrategie infolge des restriktiv-exklusiven Zugangs zum NWF macht stutzig. Doch wer einen genaueren Blick auf das »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« und seinen studentischen Ableger wirft, stellt fest, dass es in Wahrheit gar nicht so sehr um Wissenschaftsfreiheit geht, sondern darum, dass eine konservativ-radikalliberale Agenda mit reaktionären Einschlägen durchgesetzt werden soll.

## Kommerzialisierung, Diskriminierung und Angriffe

Seit den 1990er-Jahren und dem Siegeszug der »unternehmerischen Hochschule« sehen sich Forscher*innen hierzulande mit mangelhafter Grundfinanzierung, einer zunehmenden Abhängigkeit von Drittmitteln und einem Abbau der akademischen Selbstverwaltung konfrontiert. Statt wissenschaftlicher Qualität entscheiden immer mehr rein quantitative, wissenschaftsfremde Kennziffern wie Zitationsquoten, die Zahl an Publikationen, die Anmeldung von Patenten und das Ausmaß eingeworbener Drittmittel über (Miss-)Erfolg im Wissenschaftssystem – mit fatalen Folgen: Wer in der Forschung bestehen möchte, orientiert sich verstärkt an Forschungstrends, denkt in den Zyklen von Förderzeiträumen etc. Die vom NWF bemängelte Gefahr eines zunehmenden Konformismus in der Wissenschaft besteht also wirklich – aber eben nicht als Folge vermeintlicher »Cancel Culture«, sondern aufgrund des ökonomischen Drucks. Für nicht professorale Wissenschaftler*innen verschärft sich die Lage durch multiple Abhängigkeiten in dem immer noch sehr hierarchisch strukturierten deutschen Hochschulsystem: befristete (Ketten-) Verträge, unbezahlte Mehrarbeit und

Dienstvorgesetzte, die in Personalunion als Betreuer*in und Begutachter*in ihrer Mitarbeiter*innen auftreten. Angehörige marginalisierter Gruppen wie Menschen mit Behinderung, People of Colour, Kinder von Nichtakademiker*innen, queere Personen und Frauen werden strukturell benachteiligt, finden seltener den Weg auf eine Dauerstelle in der Wissenschaft und sind in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert.

Hinzu kommt ein in den letzten Jahren verstärkter Rechtsruck, der auch vor den Hochschulmauern nicht haltmacht. Vor allem im Bereich der Corona- und Klimaforschung sowie der Geschlechter- und Rassismusforschung sind Wissenschaftler*innen (verbalen) Angriffen bis hin zu Morddrohungen aus dem rechten und verschwörungsideologischen Lager ausgesetzt.[2]

Das NWF und seine selbsternannten Freiheitskämpfer*innen tragen mit ihren Publikationen wie mit dem 2022 erschienenen Band »Wissenschaftsfreiheit« zu diesem feindseligen Klima in der Wissenschaft bei. Der von der NWF-Vorsitzenden Sandra Kostner verantwortete Sammelband setzt in weiten Teilen auf polemische Angriffe, wettert gegen sogenannte »Agendawissenschaftler« und angeblich grassierende »Dogmen der identitätslinken Läuterungsagenda«.[3] Feindbilder sieht der Großteil der Autor*innen – allesamt NWF-Mitglieder – vor allem in der (Anti-)Rassismusforschung sowie den Gender und Queer Studies. Statt sich mit inhaltlich fundierter, wissenschaftlicher Kritik daran abzuarbeiten, zielen viele der Beiträge auf eine Diskreditierung und Delegitimierung ganzer Wissenschaftszweige ab.[4] Forderungen nach gleichstellungsfördernden Maßnahmen und der stärkeren Berücksichtigung geschlechtlicher wie sexueller Vielfalt in der Wissenschaft, wie sie die »Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen« (bukof) erheben, sind dem NWF ebenso ein Dorn im Auge.[5]

»Anti-Genderismus« und Queerfeindlichkeit als Spielart des Antifeminismus haben eine Art ideologische Scharnierfunktion zwischen bürgerlich-konservativen, (fundamentalistisch-) christlichen Lagern und der radikalen Rechten. Wenngleich man bei anderen Positionen (noch) weit auseinanderliegen mag, das Feindbild »Gender« und

»Queerness« vereint. Auch das NWF hat offenkundig kein Problem mit Personen, die sich im braunen Fahrwasser der politischen Rechten oder auch (ganz) rechts bewegen. So interessierte sich der Politikwissenschaftler mit NWF-Mitgliedschaft Werner Patzelt früh für die in Dresden seit Herbst 2014 aktive islamfeindliche und rassistische PEGIDA-Bewegung. Er nahm selbst an mehreren PEGIDA-Demos teil und warb trotz deutlicher Kritik dafür, die Sorgen der PEGIDA-Anhänger*innen ernst zu nehmen. Selbst für Kommentare und Interviews in der »Jungen Freiheit« oder für die antifeministische und queerfeindliche »Demo für alle« ist sich der Politikwissenschaftler nicht zu schade.[6] Mittlerweile emeritiert ist Patzelt aktuell Forschungsdirektor des Brüsseler Büros des »Mathias Corvinus Collegiums«, das als Kaderschmiede des rechtsnationalen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán gilt.[7]

## Reaktionärer Kulturkampf

Neu ist die Klage über einen kulturellen Niedergang und die Bedrohung der Demokratie von links nicht – auch nicht im Hochschulbereich. Als in den 1960er-Jahren die Rufe nach einer Demokratisierung der Hochschule immer lauter wurden und erste Niederschläge in der Hochschulgesetzgebung fanden, dauerte es nicht lange, bis sich Widerstand gegen den vermeintlichen Kommunismus regte. Das Feindbild heute heißt »Wokeness«, »Cancel Culture« und Identitätspolitik. Diese bewusst unscharf gehaltenen Begriffe dienen den professoralen Freiheitskämpfer*innen letztlich vor allem als Chiffren, um kritische Analysen von Machtverhältnissen und Maßnahmen zum Abbau struktureller Diskriminierung zu verunglimpfen und abzuwehren.

Die wahren Feind*innen der Wissenschaftsfreiheit stehen aber nicht im linken Lager, sondern sind im Auftrieb rechter »Kulturkämpfer« und in einer tiefgreifenden Ökonomisierung des Bildungswesens auszumachen.

**von**
**Christiane Fuchs**

Historikerin
politische Geschäftsführerin
des Bundes demokratischer
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
(BdWi)

---

1 netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/mitglieder

2 Die Anfeindungen nahmen in jüngster Zeit derart zu, dass der »Bundesverband Hochschulkommunikation« gemeinsam mit der Initiative »Wissenschaft im Dialog« unter dem Projektnamen »Scicom-Support« eine Hotline für betroffene Wissenschaftler*innen einrichtete. Vgl. forschung-und-lehre.de und scicomm-support.de

3 Sandra Kostner 2022: Hochschulen in den 2020er-Jahren. Intellektuelle Vielfalt oder intellektuelle Lockdowns? In: dies. (Hg.): Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist. Baden-Baden, S. 7-30, hier: S. 7 und 20

4 Kritische Rezension: Christiane Fuchs 2023: »Intellektueller Lockdown« des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit. In: Forum Wissenschaft 40, H. 2, S. 61 f.

5 NWF-Brief an die damalige Bundesbildungsministerin Anja Karliczek v. 4.8.2021: netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/wp-content/uploads/2021/08/NW-Schreiben-bukof-1.pdf

6 Werner Patzelt: Vertrauen verspielt. In: Junge Freiheit v. 3.10.2021 und Interview: Die düsteren Wurzeln der »Sexualpädagogik der Vielfalt« v. 11.9.2020; vgl. demofueralle.de

7 Johannes Greß/Christan Bunke: Orbánismus am Kahlenberg: Wie eine Wiener Uni an das ungarische Regime gerät. In: Der Standard v. 24.5.2023. Weitere Beispiele finden sich in der Langfassung des Textes.

Die Langfassung dieses stark gekürzten Artikels kann in der BdWi-Zeitschrift Forum Wissenschaft 4/2023, S. 43-47 nachgelesen werden.

# Deutschland und die EU schotten sich weiter ab

Demonstration am 17.7.2023 in München

**Das Thema Migration stand in den letzten Monaten immer wieder auf der politischen Tagesordnung der Bundesregierung und der EU. Mit den nun beschlossenen zahlreichen, landes- und EU-weiten Verschärfungen gegenüber Geflüchteten macht sich die Bundesregierung rechte Positionen zu eigen. Gleichzeitig höhlt sie das Asylrecht weiter aus. Rassistische und fremdenfeindliche Stimmen verstummen trotzdem nicht.**

Folgende Maßnahmen erschweren Geflüchteten zusätzlich ein Leben in Sicherheit und Würde:

## Verschlechterung der Lebensbedingungen in Deutschland

- Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, die niederiger als die Sozialhilfe ausfallen, sollen diese künftig 36 anstatt bisher 18 Monate bekommen. Erst danach können sie den höheren Sozialhilfesatz beantragen.
- Die Kosten für Essen in staatlichen Einrichtungen werden auf die Zahlungen angerechnet.
- Geflüchtete sollen Bezahlkarten erhalten, mit denen sie bargeldlos einkaufen sollen. Damit möchte man Zahlungen in die Heimatländer einschränken.
- Der Familiennachzug bleibt bei Menschen, die aufgrund von Flucht und Verfolgung von ihrer Familie getrennt wurden, stark eingeschränkt, obwohl im Koalitionsvertrag das Gegenteil vereinbart wurde.

## Ausbau der Festung Europa

- Die Möglichkeit von Asylverfahren in Drittstaaten wird geprüft.
- Asylzentren an Flughäfen und an den Außengrenzen der EU, die Haftlagern entsprechen, werden ausgebaut. Dort sollen Schnellverfahren stattfinden, um zu klären, ob Geflüchtete einen Asylantrag stellen dürfen.
- Die Inhaftierung in diesen Zentren gilt auch für Kinder und Familien.
- Die Bundesregierung möchte mit Ländern, die sich bisher weigern, Geflüchtete »zurückzunehmen«, Migrationsabkommen abschließen. Im Gegenzug sollen aus diesen Ländern »gewünschte« Migrant*innen aufgenommen werden.
- Stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz bleiben bestehen.

## Beschleunigung der Asylverfahren

- Asylverfahren für Menschen aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote sollen nach maximal drei Monate abgeschlossen sein.
- Alle anderen Asylanträge sollen nach sechs Monaten abschließend beschieden werden.

All diese Maßnahmen führen zur Verschlechterung der ohnehin schon dramatischen Lebensbedingungen von Menschen auf der Flucht. Pro Asyl kritiserte Anfang Juni 2023 die neuen EU-Bestimmungen scharf: »Mit Zustimmung von Nancy Faeser und Befürwortung durch die grüne Außenministerin Baerbock und den liberalen Justizminister Buschmann haben die Innenminister*innen der EU einen Frontalangriff auf den Rechtsstaat und das Flüchtlingsrecht gestartet.« In einem Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden forderte Pro Asyl im November 2023 von der Bundesregierung und den Landesregierungen (vgl. Menschen schützen, Kommunen unterstützen, Chancen nutzen. Fünf-Punkte-Plan für eine funktionierende Asyl-, Aufnahme- und Integrationspolitik; proasyl.de):

1. Eine zukunftsorientierte Aufnahme für Asylsuchende
2. Fokus auf Integration und Partizipation
3. Sozialrechtliche Eingliederung statt Ausgrenzung
4. Unterstützungsstrukturen erhalten und dem Bedarf anpassen
5. Eine Sozialpolitik, die alle mitdenkt

**von Christiane Wagner und Dorothea Weniger**

# Projekt LediZ: Interaktive digitale Zeugnisse von Überlebenden des Holocaust

**Seit einigen Jahren stellt sich zunehmend die Frage, wie Zeugnisse Holocaustüberlebender mit innovativen Technologien für Lernprozesse aufbereitet werden können, da immer mehr Zeitzeug*innen aus dem Leben scheiden. Dieser Frage widmet sich seit 2018 das an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München angesiedelte Projekt LediZ (Lernen mit digitalen Zeugnissen). Dabei arbeitet das Projekt interdisziplinär mit Kooperationspartnern wie dem Leibniz-Rechenzentrum (LRZ), dem Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut (HHI) oder dem Lehrstuhl für Englische und Digitale Sprachwissenschaften an der TU Chemnitz zusammen.**

Im Rahmen des Projektes LediZ haben wir seit 2018 interaktive digitale Zeugnisse zu Überlebenden des Holocaust entwickelt. Es handelt sich dabei um Überlebensgeschichten, die wir im 3-D-Format aufgezeichnet und für eine interaktive Nutzung aufbereitet haben. Im Medium halten wir die Erzählung der Zeitzeug*innen sowie die Beantwortung von bis zu 1.000 Fragen zu ihrem Leben vor, während und nach dem Holocaust fest.

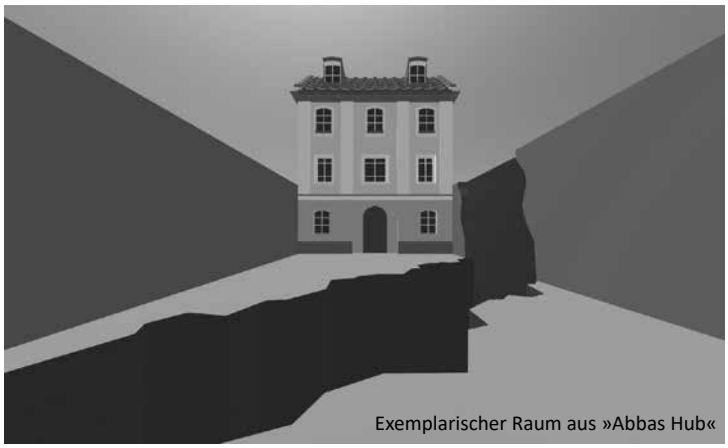
Das interaktive digitale Zeugnis entsteht in einem mehrtägigen Aufnahmeprozess. Dabei stellt ein Fragenkatalog, der auf die Holocaustüberlebenden zugeschnitten ist, die Basis für die Filmaufnahmen dar. Das Medium ist an den Aufbau eines traditionellen Gesprächs mit Zeitzeug*innen angelehnt. Die Lernenden hören zunächst die Erzählung des*der Überlebenden, bevor sie anschließend dem digitalen Gegenüber Fragen stellen können. Dabei werden mündlich gestellte Fragen in Text umgewandelt und an ein System der Sprachverarbeitung – Google Dialogflow – übermittelt. Dort wird im Datensatz überprüft, ob eine vergleichbare Frage vorhanden ist. Ist dies der Fall, erhalten die Nutzer*innen die Antwort in Form des entsprechenden Filmausschnitts: Das interaktive digitale Zeugnis »antwortet« also.[1]

## Digitale Auseinandersetzung mit Zeitzeug*innen in XR-Hubs

Die digitalen Erzählungen Holocaustüberlebender werden in sogenannte XR-Hubs eingebunden. Das sind browserbasierte und frei zugängliche 3-D-Umgebungen, die mit Medieninhalten ausgestattet sind und von Lernenden erkundet werden können. Lehrkräfte haben die Möglichkeit, die Räume an ihre individuellen Bedürfnisse anzupassen. XR-Hubs können mit jedem internetfähigen Endgerät genutzt werden. Im Zusammenhang mit LediZ entwickelten wir bisher zwei solcher Lernumgebungen: »Abbas Hub« bildet das Leben des Holocausüberlebenden Abba Naor als »begehbare Zeitleiste« ab. Seine Erzählung untergliederten wir in 16 Episoden, die wir mit zusätzlichem Informations- und Quellenmaterial präsentieren. An jeder Station finden sich Objekte oder Umgebungen, die sich auf Naors Lebensgeschichte beziehen, deren Bedeutung sich den Lernenden aber nicht von allein erschließt. Sie stehen somit zunächst vor einem Rätsel, das Neugierde, Assoziationen und Vorerwartungen auslöst. Anschließend haben die Lernenden die Möglichkeit, die Stationen »anzusprechen«, woraufhin die Passage aus Naors Erzählung abgespielt wird, die die Bewandtnis der Objekte erklärt.[2]

Filmaufnahmen LediZ mit Eva Umlauf

»Musik im KZ-Theresienstadt« ist eine in Kooperation mit Daniel Grossmann, dem Dirigenten des Jewish Chamber Orchestra Munich (JCOM), entwickelte Lernplattform. Sie bietet Lernenden auf spielerische Weise einen Einblick in das KZ Theresienstadt. Neben Leben und Alltag im Lager werden die ambivalente Rolle von Kunst und Kultur in Theresienstadt sowie das Leben des dort inhaftierten Komponisten Viktor Ullmann beleuchtet. Herzstück der Plattform ist eine besondere Aufzeichnung seiner letzten Komposition, die Musiker*innen des JCOM an historischen Schauplätzen in Theresienstadt aufgeführt haben. Die Aufnahme ist als 360°-Video zu erleben, bei dem die Lernenden die Perspektive selbst bestimmen können. (Ein Beispiel zu dieser technischen Umsetzung findet ihr auf der folgenden Seite oben.)[3]


Exemplarischer Raum aus »Abbas Hub«

## Ein fast realistisches Treffen

In Kooperation mit dem Fraunhofer HHI sowie der Filmgesellschaft UFA GmbH entstehen seit 2019 dreidimensionale digitale Repräsentationen von Überlebenden des Holocaust. Das Medium ermöglicht es mittels eines volumetrischen Videos, an Erinnerungen von Holocaustüberlebenden teilzuhaben. Über ein Head-Mounted Display betreten die Lernenden eine virtuelle Welt und treffen dort auf Zeitzeug*innen, die dreidimensional, lebensgroß und fotorealistisch von ihren Erlebnissen erzählen. Damit haben sie die Möglichkeit, den virtuellen Zeitzeug*innen gegenüberzutreten, sie von allen Seiten zu betrachten und dabei ihrer Erzählung zuzuhören.

In einer Virtual Reality (VR)-Experience zu dem Holocaustüberlebenden Ernst Grube (siehe Foto unten) erwarten die Lernenden fünf Szenen, in denen der Zeitzeuge von seinem Leben zwischen 1938 und 1945 erzählt.[4] Optional kann die Erzählung mit englischen Untertiteln abgespielt werden. Darüber hinaus ist an der LMU München eine VR-Experience zu der Holocaustüberlebenden Eva Umlauf entstanden.[5] In drei Szenen berichtet die Zeitzeugin von Erlebnissen aus ihrer Kindheit bis in die Gegenwart. Dabei betreten die Lernenden einen Frau Umlaufs Wohnzimmer nachempfundenen Raum, gelangen in die sogenannte »Sauna« der Gedenkstätte Auschwitz und nehmen an der jährlich stattfindenden Gedenkfeier anlässlich der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 teil.

Diese volumetrischen Aufnahmen der Holocaustüberlebenden reicherten wir mit Informationen und Medien an, die historische Hintergründe erläutern. So entstand ein medial frei zugänglicher Erfahrungsraum, in dem sich die Lernenden in einer Kombination aus biografischen und historischen Informationen mit den Folgen des Holocaust auseinandersetzen können.

## Angebot für den Unterrichtseinsatz

Zu den hier vorgestellten Medienformaten entwickelte LediZ – in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen wie beispielsweise dem Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) München – Impulse, die Möglichkeiten vorstellen, wie diese Teilprojekte im Unterricht verschiedener Fächer eingesetzt werden können.[6] Darüber hinaus findet sich im LehrplanPLUS eine Lernaufgabe zur öffentlichen Erinnerung an Holocaust und Shoa, in die das interaktive digitale Zeugnis von Abba Naor integriert ist.

Zu den hier präsentierten Medienformaten bieten wir neben dem Onlinezugang auf Wunsch auch eine Begleitung durch das Projektteam an. Hierbei stellt ein*e Moderator*in den Lernenden das ausgewählte Medium vor Ort vor, erklärt die Bedienung und steht während der Nutzung unterstützend zur Seite. Eine Kontaktaufnahme ist möglich über: d.didaktik@lrz-uni-muenchen.de.

**von**
**Lisa Schwendemann**
Akademische Rätin am Institut für deutsche Philologie der LMU München

und

**Ernst Hüttl**
Projektmitarbeiter am Institut für deutsche Philologie der LMU München

Weiterführende Links
epub.ub.uni-muenchen.de/95053/1/Handreichung.pdf
www.lehrplanplus.bayern.de/serviceinformation/l439312
www.lediz.uni-muenchen.de/index.html
www.hhi.fraunhofer.de/virtual-reality-experience-ernst-grube-das-vermaechtnis.html
www.hhi.fraunhofer.de/virtual-reality-experience-eva-umlauf-ihr-zeugnis

Zu diesem Artikel gibt es auch eine weiterführende Literaturliste, die hier zu finden ist: gew-bayern.de/mitgliederzeitschrift-dds

VR-Experience zu Ernst Grube

1 Inzwischen liegen interaktive digitale Zeugnisse der Holocaustüberlebenden Abba Naor (apps.lediz.uni-muenchen.de/abba/, Benutzername »Gast«, Kennwort »LEDIZ«), Eva Umlauf (apps.lediz.uni-muenchen.de/eva/, Benutzername »Gast«, Kennwort »LEDIZ«) und Zilli Schmidt (lediz2.cat-lab.com/, Benutzername: lediz, Kennwort »schmidt«) auch als Onlineversionen in 2-D vor. Zusätzlich wurden zehn Sinti*zze und Rom*nja der zweiten Generation aufgenommen.

2 Zugang zur Plattform: Abbas Hub Teil 1 (Ghetto Kaunas): Zugang zur Plattform und Materialien: jcom.de/de/elearning; Abbas Hub Teil 2 (Konzentrationslager): hubs.mozilla.com/scenes/x7jaCGU

3 Zugang zur Plattform und Materialien: jcom.de/de/elearning

4 www.hhi.fraunhofer.de/virtual-reality-experience-ernst-grube-das-vermaechtnis.html

5 www.hhi.fraunhofer.de/virtual-reality-experience-eva-umlauf-ihr-zeugnis.html

6 epub.ub.uni-muenchen.de/95053/1/Handreichung.pdf

# Rechtsextreme Strukturen an Hochschulen – ein Seminarbericht

Dass Hochschulen ein Ort linker Hegemonie sind – von dieser Vorstellung verabschiedeten wir uns bei einem zweitägigen Seminar, das am 17. und 18. November 2023 stattfand, als Allererstes. Der Landesausschuss der Studierenden, der das bayernweite Treffen organisierte, lud für die beiden Tage drei Referent*innen ein, die ihren Fokus auf unterschiedliche Aspekte legten.

In seinem Vortrag über Studierende im Nationalsozialismus skizzierte der Journalist Tobias Eisch, der auch bei RIAS Bayern mitarbeitet, die Organisation von Student*innen als faschistische Avantgarde in der Weimarer Republik. Exemplarisch dafür gilt der Werdegang Baldur von Schirachs. Dieser studierte in München und wurde 1928 Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB). 1931 wurde Baldur von Schirach zum Reichsjugendführer der NSDAP ernannt. Damit übte er direkten Einfluss auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen aus und verpflichtete diese u. a. 1936 zur Mitgliedschaft in der Hitlerjugend (HJ). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er neben anderen Hauptkriegsverbrechern im Nürnberger Prozess wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Die faschistischen Überzeugungen unter den Studierenden drückten sich u. a. auch in der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 durch den NSDStB aus. Trotz Hitlers anfänglicher Angst vor Studierenden stellten sich diese bald als Verbündete im Aufschwung des Faschismus dar.

Vor diesem historischen Hintergrund bot Katharina Fuchs von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus einen Einblick in aktuelle rechte und rechtsextreme Strukturen der Hochschulen. Auffällig ist, dass Studentenverbindungen hier noch immer eine wichtige Funktion einnehmen und es diese auch an allen größeren bayerischen Hochschulstandorten gibt. Ihr Hintergrund ist dabei sehr oft dezidiert rechtsextrem. Spannend sind auch die Überschneidungen in das konservative und verschwörungsideologische Milieu, wobei jedoch als aktuell wichtigste rechtsextreme Strömung die Neue Rechte ins Auge fällt. Als Vordenker der Neuen Rechten gilt der französische Philosoph Alain de Benoist. Im deutschsprachigen Raum bezieht man sich jedoch auch sehr oft auf die »Konservative Revolution« der Weimarer Republik und auf Armin Mohler. Beiden Strömungen gemein ist die Ablehnung der demokratischen Werte. Das politische Spektrum erstreckt sich vom völkischen Nationalismus bis hin zum Konservatismus. Ihr Ziel: die Etablierung einer rechten Hegemonie an den Hochschulen und in der Wissenschaft.

Doch wie nehmen von Rechten angegriffene Betroffene in den Hochschulen wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus beziehungsweise Rechtsextremismus wahr und wie gehen sie damit um? Dieser Frage näherte sich Lukas Otterspeer, indem er seine Forschung dazu, die er 2023 gemeinsam mit Christoph Haker machte, vorstellte. Haker und Otterspeer kamen zu der Erkenntnis, dass von wissenschaftsbezogenem Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus Betroffene einerseits auf eine institutionalisierte Sprachlosigkeit treffen, andererseits einer fast schon organisierten Vereinzelung ausgesetzt sind. Während Ersteres dafür sorgt, dass Themen und Probleme nicht angemessen benannt und behandelt werden, führt Letzteres dazu, dass die Betroffenen die Angriffe meist allein bearbeiten müssen. Es fehlen demnach zielgerichtete Strategien, mit denen die Sprachfähigkeit der Betroffenen auf- und ausgebaut werden kann.

Im Plenum erarbeiteten wir nach den Referaten anhand von Fallbeispielen, welche Wege der Bearbeitung und Gegenwehr uns offenstehen und wie wir als GEW-Kolleg*innen Betroffene unterstützen können. Vor dem Hintergrund des neu gewonnenen Wissens und anhand unserer eigenen Erfahrungen als Studierende diskutierten wir abschließend, wie wir als bayerische GEW-Studierende gegen rechtsextreme Strukturen an unseren Hochschulen vorgehen können. Als Ausgangspunkt unserer Handlungen kristallisierte sich hierbei für uns die demokratische Teilhabe am Hochschulgeschehen heraus. Auch wenn wir in Bayern im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern keine Verfasste Studierendenschaft haben, ist es dennoch wichtig, Hochschulen als Ort demokratischer Partizipation aktiv wahrzunehmen. Im Sommersemester 2024 möchten wir uns mit weiteren Bündnispartner*innen über Demokratie in der Hochschule austauschen und eine Wissensweitergabe über gelungene Gremienarbeit ermöglichen.

**von Lea Dahms**

# Business, Ideologie und militante Netzwerke in der Musikszene

Der Rechtsruck bei der bayerischen Landtagswahl beunruhigt die demokratisch gesinnte Bevölkerung. Die intensive Suche nach den Gründen läuft bereits. Der Politologe und Publizist Timo Büchner untersucht seit Jahren die rechtsextreme Musikszene. Nun hielt er dazu einen Vortrag in Würzburg. Eine seiner Fragen: Ist im Rechtsrock ein Grund für den Rechtsruck zu finden?

Rechtsrock definiert sich, so Büchner, über rechtsextremistische Inhalte in den Texten von Bands, die wiederholt und systematisch rassistisch, sexistisch, antisemitisch, nationalistisch sind. Sie bedienen die Feindbilder der rechtsextremen Szene, verbalisieren Gewalt gegen Minderheiten und leben die Ideologien des Nationalsozialismus und der White Supremacy (weiße Vorherrschaft) offen aus. Man bedient sich vieler Musikstile wie Rock, Black und Hardcore Metal, Rap und auch der Musik der Liedermacher*innen. Sie zieht auch Ältere an: »Rechtsrock ist kein ausschließliches Element der Jugendkultur, sondern auch ein Ü40-Phänomen«, so Büchner.

Entstanden durch die Rezeption ultrarechter britischer Bands wie »Skrewdriver« seit den 1970er-Jahren ist rechtsextreme Musik heute ein hoch professionalisiertes Markenprodukt, das in offen beworbenen und heimlichen Konzerten gewöhnlich ein Publikum von 100 bis 200 Personen erreicht, aber auch schon 6.000 Neonazis anziehen konnte. Immer wieder werden Bands strafrechtlich verfolgt, ihre Protagonist*innen – es sind nur wenige Frauen darunter – verurteilt. Doch milde Strafen und eine lässige Verfolgung durch die Strafbehörden führen dazu, dass dieselben Akteur*innen immer wieder neue Bands gründen, die die alten Inhalte unverhohlen weiterverbreiten. Dennoch gelang Ende Oktober mit einer bundesweiten Razzia wieder ein Schlag gegen die rechtsextreme Musikszene, mit Beschlagnahmung, Verhaftungen und Verboten.

Warum ist die Musik für Rechtsextremist*innen so wichtig? Neben dem Transportieren der Inhalte ist der wirtschaftliche Beitrag zur Finanzierung der rechten Szene enorm! Besonders über Social Media wie Telegram werden nicht nur Tonträger beworben, sondern alles, was dem rechtsextremen Lifestyle dient: Kleidung, Symbole, Edelausgaben für Sammler*innen. Auf den populären Musikplattformen wie Spotify und YouTube führen sie ein Nischendasein. »Doch in der Zukunft ist mit einem eigenen rechtsextremen Streamingdienst zu rechnen», prophezeit Büchner.

Das Eindringen rechtsextremen Gedankenguts in den Mainstream öffnet Rechtsrock die Türen, ist aber kein wesentlicher Grund für den Rechtruck in der Bevölkerung. Trotzdem gilt es, etwas dagegen zu unternehmen: Demokrat*innen müssen wach bleiben und sich für ihre Werte und Ideale stets und überall einsetzen.

**von Jörg Nellen**
GEW Würzburg

Lesetipp:
Timo Büchner: Rechtsrock. Business, Ideologie & militante Netzwerke. Unrast-Verlag, Münster, 2021, 7,80 Euro

Erlesenes zum Thema … Erlesenes zum Thema … Erlesenes zum Thema

# Lesenswert: Handbuch Demokratiepädagogik

Dieses Handbuch thematisiert viele Konzepte der Demokratiepädagogik sowie theoretische und historische Anschlüsse. Die Herausgeber*innen gehen von Tendenzen der Entfremdung vieler Jugendlicher von den normativen Erfordernissen des demokratischen Gemeinwesens, von Desinteresse, Apathie, Gleichgültigkeit und Achtlosigkeit aus. Verschwiegen werden auch nicht Tendenzen zu Rassismen, Ausgrenzung, Antisemitismus und Gewalt. Gegenüber derartigen Gefahren bedürfe es nach Meinung der fast 70 Autor*innen im Sinn eines friedlichen Zusammenlebens neuer Anstrengungen.

Das Buch endet mit Peter Fausers »Versuch über die Zukunft der Demokratiepädagogik«. Die Erfahrung des menschenverachtenden Regimes des Nationalsozialismus zeige, wie rasch die Demokratie in Staat und Gesellschaft zerstört werden kann. Das aktive Erinnern an diesen Zivilisationsbruch sei notwendiger Bestandteil demokratischer Erziehung. Fauser nimmt dabei Gerhard Himmelmanns Trias wieder auf (»Demokratie als Lebensform, Gesellschaftsform und Herrschaftsform«). Schulreform und die Zukunft der Demokratiepädagogik müssten also zusammengedacht werden.

Das erste Feld des Buches versucht eine Eingrenzung des Begriffs Demokratiepädagogik. Demokratiebildung sei eine Querschnittsaufgabe, die in Schule als Lernort der Demokratie zu etablieren sei. Das zweite Feld erörtert das Verhältnis von Demokratie und Pädagogik. Bei der historischen Einordnung erhält John Dewey große Beachtung, dazu Georg Kerschensteiner und Janusz Korczak. Das dritte Feld umreißt den Forschungsstand und die Forschungsdesiderata, die Demokratievorstellungen junger Menschen und die Möglichkeiten ihrer Partizipation. Das vierte Feld handelt von der Demokratiebildung in verschiedenen Ländern (u. a. Citizenship Education in England, Bildungsangebote des Europarats, Sustaining Democracy in Australien). Im fünften Feld geht es um Global Citizenship, um die Überwindung des »methodologischen Nationalismus« (Ulrich Beck) und um die Verzahnung von Globalem Lernen, politischer und interkultureller Bildung, Friedenspädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Nicht vergessen werden dabei Inclusive Citizenship Education und die Inklusive Bildung. Weitere Abhandlungen wenden sich der Menschen- und Kinderrechtsbildung, der antirassistischen Bildung, der Rechtsextremismusprävention, den Fragen des moralischen Lernens, der Just Community, der Gender-Didaktik und der sozioökonomischen Bildung zu. Das sechste Feld umfasst Kindertageseinrichtungen, Schulsozialarbeit und Ganztagsbildung. Demokratielernen an berufsbildenden Schulen, die bedeutende Rolle der Schulleitung, der Hochschulen, der Jugendarbeit, des Sports und der Erwachsenenbildung folgen. Im siebten Feld geht es um demokratisches Sprechen, um Rhetorik, um das Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen, um Projektpädagogik, um (Selbst-)Bildung durch politische Partizipation, um die Schüler*innenvertretung und um partizipatorische Leistungsbeurteilung.

Wolfgang Beutel, Markus Gloe, Gerhard Himmelmann, Dirk Lange, Volker Reinhardt, Anne Seifert (Hg.)
Handbuch Demokratiepädagogik
Frankfurt 2022 • VSA Verlag
804 Seiten
59,90 EUR (Printausgabe)
58,99 EUR (PDF-Ausgabe)
ISBN 978-3-95414-185-2

Das Handbuch Demokratiepädagogik ist ein gutes Überblickswerk für Studierende, Pädagog*innen und für an (bildungs)politischen Fragen Interessierte. Nicht allein in Schulen und Kindergärten sollte Demokratie neu gedacht werden. Die Lektüre bietet eine Fülle von Anregungen und Herausforderungen für alle, die Demokratie lernen und leben wollen: Demokratie im Aufbruch, Demokratie als Grundlage der Gestaltung eines guten Zusammenlebens, als Form gelebter Demokratie, als Zeit der Beteiligung, nicht der Belehrung.

**von Prof. Dr. Arnold Köpcke-Duttler**
Rechtsanwalt und Diplom-Pädagoge

## Materialliste gegen rechts

### Gefährlich und erfolgreich: Die extreme Rechte im Jahr 2023

**Bundesverband Mobile Beratung e. V.: Jahresrückblick 2023. Wie Rechtsextremismus näher rückt – und was dagegen hilft**

Extrem rechte Vorfälle an Schulen, der bundesweit erste AfD-Landrat, die Verbote von »Hammerskins« und »Artgemeinschaft«, Razzien gegen »Reichsbürger«, erstarkender Antisemitismus. Doch was ist jenseits dieser bundesweit viel diskutierten Ereignisse passiert? Und welche Maßnahmen haben demokratisch Engagierte ergriffen, um Rechtsextremismus entgegenzuwirken? Der Jahresrückblick des Bundesverbandes Mobile Beratung liefert Antworten und erläutert, was neben der Zivilgesellschaft die Politik, aber auch Justiz und Sicherheitsbehörden tun müssen, um die Demokratie im Wahljahr 2024 zu schützen. Kostenloser Download: bundesverband-mobile-beratung.de

### Studien, Bücher, Lese- und Link-Tipps zum Thema Gewerkschaften und Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus

**Reiner Hoffmann/Marc Meinardus (Hg.): Gewerkschaften und Rechtspopulismus in Europa**

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien finden in den Bevölkerungen diverser EU-Länder immer mehr Zuspruch. Dies wirkt sich auch auf Gewerkschaften aus: Es droht eine Entsolidarisierung der Beschäftigten, die zulasten betrieblicher und überbetrieblicher solidarischer Interessenpolitik geht. Gleichzeitig werden Gewerkschaften verstärkt von rechts angegriffen. Aus diesem Grund initiierte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Abstimmung mit dem DGB eine europaweite Studie, welche die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtspopulistischen Kräften anhand von zwölf Länderstudien untersucht. Kostenloser Download: library.fes.de/pdf-files/international/20315.pdf

**Andreas Hövermann: Auswertung von Panelbefragung: Schlechte Arbeitsbedingungen, Ablehnung von Migration und Misstrauen: Studie leuchtet Anstieg der AfD-Wahlbereitschaft aus**

Die Panelbefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung untersucht u.a. die Ähnlichkeiten und Unterschiede in den Einstellungen der AfD-Stammwähler*innen und -Neuwähler*innen. Erschreckend dabei ist, dass die AfD vor allem mit ihren rechten migrationspolitischen Positionen punkten kann. Auf der Homepage des WSI heißt es dazu: »Es sei aber für demokratische Parteien keine kluge Strategie, über diese Schiene Wähler*innen mit AfD-Präferenz ansprechen zu wollen. Nicht nur widerspreche dies den Werten und Grundsätzen offener demokratischer Gesellschaften, es vergifte auch den politischen Diskurs, verschärfe gesellschaftliche Spaltungen und verschiebe die Grenzen des Sagbaren nach rechts, wovon demokratische Parteien zudem auch noch selten profitierten.« Vgl. boeckler.de v. 30.11.2023

**DGB-Jugend Niederbayern: Nazis hassen diese Tricks. 20 Überlegungen zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus**

Die DGB-Jugend Niederbayern präsentiert in einer Broschüre 20 Überlegungen, wie effektiv gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden kann, u. a. mit Tipps zur Bündnispolitik, zur Öffentlichkeitsarbeit oder zum Thema Sicherheit bei Veranstaltungen, Demonstrationen und in den sozialen Medien. Kostenloser Download der Broschüre: niederbayern.dgb.de

**Zusammenstellung von Dorothea Weniger**

Rückblick auf die TV-L-Warntreiks ... Rückblick auf die TV-L-Warnstreiks

# Streik an der Mathilde-Eller-Schule in München

Foto: Werner Bachmeier

**Über 40 Pädagog*innen, alle vom staatlichen sonderpädagogischen Förderzentrum Mathilde-Eller-Schule 1 und 2, streikten nach einem exklusiven Streikaufruf der GEW für diese Münchner Schule. Sehr engagiert und interessiert dabei waren insbesondere die Kinderpfleger*innen, aber auch Heilpädagogische Fachlehrer*innen, Heilpädagogische Unterrichtshilfen, Fachlehrkräfte und angestellte Lehrkräfte. Auch verbeamtete Kolleg*innen unterstützten die Aktionen in ihrer Freizeit.**

Es wurde voll im Versammlungsraum. Praktisch alle Kinderpfleger*innen der Mathilde-Eller-Schule 1 und 2 in München waren zur Infoveranstaltung der GEW München im vergangenen September gekommen. Grund dafür war der Unmut der schlecht bezahlten Landesbeschäftigten darüber, dass sie im Vergleich zu den städtischen Beschäftigten, die unter den TVöD fallen, keinen Inflationsausgleich und keine Lohnerhöhung erhalten haben.

Bei der Präsentation der Details der unterschiedlichen Tarifverträge und anstehenden Arbeitskämpfe um den TV-L wurde schnell klar: Die Kinderpfleger*innen wollen sich gewerkschaftlich organisieren und für gerechte Löhne kämpfen. So traten auf der Veranstaltung im September bereits ad hoc zehn Kinderpfleger*innen der GEW Bayern bei.

## Kinderpfleger*innen – Motor des Arbeitskampfs

Das Engagement der Kinderpfleger*innen blieb auch nach dieser Veranstaltung im September hoch, sodass die GEW Bayern ihren Wunsch gerne unterstützte und die Tarifbeschäftigten der Mathilde-Eller-Schule 1 und 2 zu einem exklusiven Streik aufrief. Mit den Streikvorbereitungen wurde dann eine enorme Solidarisierung an der Schule in Gang gesetzt, der sich weitere Beschäftigte aus verschiedenen Berufsgruppen anschlossen. Letztlich haben sich fast alle angestellten Arbeitnehmer*innen an dem spezifischen Schulstreik beteiligt und weitere Beschäftigte, auch verbeamtete Kolleg*innen, wurden Mitglieder der GEW.

Insgesamt 40 Kolleg*innen folgten am 27. November 2023 dem Aufruf der GEW Bayern, legten ihre Arbeit nieder und fanden sich um 8.00 Uhr vor der Mathilde-Eller-Schule in München ein: Kinderpfleger*innen, Heilpädagogische Unterrichtshilfen, Heilpädagogische Förderlehrer*innen und angestellte Fachlehrkräfte. Sie alle leisten wichtige Arbeit für die Kinder und Jugendlichen mit geistiger Behinderung, die an dem staatlichen Förderzentrum unterrichtet werden. Eine Arbeit, die allerdings kaum Wertschätzung vonseiten der staatlichen Arbeitgeber erfährt: So steht der enormen Arbeitsbelastung eine viel zu geringe Bezahlung gegenüber. »Ohne uns geht es nicht«, war deshalb lautstark zu vernehmen, als sich die Streikenden der Mathilde-Eller-Schule zur Kundgebung vor dem Finanzministerium aufmachten. Dort drückten sie ihren Unmut darüber aus, dass die Arbeitgeber in den ersten beiden Verhandlungsrunden nicht einmal ein Gegenangebot vorgelegt und die berechtigten Forderungen nur zurückgewiesen hatten. Dies konnte von den Beschäftigten zu Recht nur als Hohn empfunden werden, wenn man bedenkt, dass gerade Kinderpfleger*innen mit weniger als 1.000 Euro netto im Monat entlohnt werden und ihnen trotz der enormen Preissteigerungen vor allem in München keine Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

## Sockelbetrag für untere Lohngruppen besonders wichtig

Während die Kolleg*innen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst

bereits im Frühjahr 2023 über ihren Tarifvertrag, den TVöD, erfolgreich eine bessere Bezahlung durchsetzen konnten, hatten sich die Arbeitgeber auf Länderebene zum Zeitpunkt des Streiks bereits über zwei Tarifgespräche gegen eine Entlastung der Situation ihrer Beschäftigten gesperrt.

Insbesondere die Forderung nach einem Sockelbetrag war den Streikenden beim Arbeitskampf besonders wichtig, weil er vor allem den Beschäftigten der unteren Gehaltsgruppen zugutekommen würde, also eben jenen Kinderpfleger*innen, heilpädagogischen Unterrichtshilfen, heilpädagogischen Förderlehrer*innen sowie Fach- und Förderlehrkräften, weshalb sie ihrem Unmut vor dem Finanzministerium lautstark Luft machten. »Wir sind enttäuscht«, so Angelika Kraus, Kinderpflegerin an der Mathilde-Eller-Schule und langjähriges Mitglied der Fachgruppe sonderpädagogische Berufe der GEW München. »Bei dieser Bezahlung will keiner mehr in den Beruf. Fast alle von uns haben mittlerweile einen Zweitjob.« Vor diesem Hintergrund mag es fast schon etwas verwundern, dass die Stimmung unter den Anwesenden während des Streiktags äußerst herzlich war.

## Beschäftigte beteiligen sich auch an folgenden Streiks

Für den 5. Dezember rief die GEW Bayern wieder zum Warnstreik auf. Diesmal waren alle bayerischen TV-L-Beschäftigten gefordert. Und wieder waren die Kolleg*innen der Mathilde-Eller-Schule voller Engagement dabei. Man hörte die Kinderpfleger*innen, Heilpädagogischen Unterrichtshilfen, Heilpädagogischen Förderlehrer*innen und angestellten Fachlehrkräfte wieder lautstark auf der Straße rufen: »Ohne uns geht es nicht!«

Der Protest zeigte auf jeden Fall Wirkung: An der Schule mussten mehrere Klassen geschlossen werden. Alle Eltern wurden von den Schulleitungen über die kompetente, aber viel zu schlecht bezahlte Arbeit der angestellten Kolleg*innen informiert und um Unterstützung gebeten. Die Presse berichtete darüber zum Teil mit halbseitigen Artikeln.

Es war ein starkes Zeichen für die dritte Verhandlungsrunde in Berlin, das von den schlecht bezahlten Fachkräften an der Mathilde-Eller-Schule ausging. Und eines wurde auch klar: An der Mathilde-Eller-Schule werden die gewerkschaftliche Solidarität und politische Aktivitäten auch in Zukunft ein fester Bestandteil sein.

## Tarifabschluss zwölf Tage später

Am 9. Dezember verkündeten die Tarifparteien, dass sie einen Abschluss erzielt hätten, genau zwölf Tage nach dem ersten Streik an der Mathilde-Eller-Schule. Mit der Inflationsausgleichsprämie bekommen nun die Beschäftigten eine kurzfristige Unterstützung beim Einkommen. Gut ist auch, dass der starke Wunsch nach einem Sockelbetrag nun mit mindestens 340 Euro den unteren Lohngruppen besonders zugutekommt. »Natürlich hätten wir uns mehr gewünscht«, so Angelika Kraus in einer ersten kurzen Stellungnahme, »wir sehen aber auch, was wir gemeinsam erreicht haben und freuen uns alle über diesen Erfolg«.

**von Angelika Kraus, Stefan Prazeres da Costa und Siggi Grob**

# Warnstreiks in Bayern in Bildern

Die TV-L-Runde 2023 unterstützten GEW-Kolleg*innen mit zahlreichen Warnstreiks. Wir blicken hier noch einmal auf einige Streikaktionen zurück. Leider können wir nicht alle berücksichtigen. Weitere Fotostrecken und Informationen findet ihr auf den GEW-Internetseiten gew.de/mehr und gew-bayern.de/gehalt-recht/tarif sowie in der aktuellen E&W. Unsere DDS-Fotostrecke schließt mit einem Kommentar zum TVStud ab. dw

Am Donnerstag, den 16. November trafen sich über 1.000 Kolleg*innen im Erlanger Streiklokal. Beschäftigte des Uniklinikums Erlangen, des Studierendenwerks und der Friedrich-Alexander-Universität legten die Arbeit nieder und demonstrierten für höhere Löhne. Studentische Beschäftigte forderten im Rahmen der TV-L-Verhandlungen die Einführung des TVStud.

## Rückblick auf die TV-L-Warnstreiks ... Rückblick auf die TV-L-Warnstreiks

Beim Hochschulaktionstag am 20. November organisierten Kolleg*innen Kundgebungen und Demonstrationen in Mittelfranken-Oberpfalz, München, Oberfranken, Schwaben und Unterfranken.

Bamberg

Augsburg

Würzburg

München

Erlangen

Erlangen

Beim bundesweiten Streiktag am 5. Dezember gingen Kolleg*innen in München (Foto links) und Erlangen auf die Straße.

**Rückblick auf die TV-L-Warnstreiks ... Rückblick auf die TV-L-Warnstreiks**

# Kommentar zum TVStud

Der Abschluss der letzten Tarifrunde ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich in den letzten zwei Jahren zahlreich für den TVStud engagiert haben. Entgegen allen Versprechungen stellen sich die Arbeitgeber weiterhin gegen eine Tarifierung und ignorieren damit nicht nur die Prekarität der Beschäftigten, sondern tragen durch das aktive Brechen von Koalitionsverträgen auch zum allgegenwärtigen Verlust des Vertrauens in die demokratischen Parteien bei.

Allerdings stehen wir nicht ganz mit leeren Händen da: Auch wenn die neuen Stundenlöhne noch lange keine ausreichende Wertschätzung unserer Arbeit darstellen, sind sie doch ein erster Schritt weg von den zuvor geltenden »Höchstlöhnen«, die in den letzten Jahren selbst die geltenden Mindestlöhne unterschritten haben. Mit dem erstmaligen Einführen der regulären Vertragslaufzeit von einem Jahr wird außerdem die finanzielle Planbarkeit vieler Studierender verbessert.

Das Wichtigste an dieser Tarifrunde ist allerdings die Erkenntnis, dass der Streik, den unsere lokalen Initiativen so entschlossen organisiert haben, das einzige wirksame Mittel zum Durchsetzen unserer Interessen ist. Der Rückhalt der Gewerkschaftsbasis und die Entschlossenheit zum Arbeitskampf war am Verhandlungstisch mit Abstand das beste Argument, um die Arbeitgeber von unseren Forderungen zu überzeugen. Damit wir also beim nächsten Mal den Tarifvertrag bekommen, der uns zusteht, müssen wir alle Ressourcen ausschöpfen, um den Arbeitgeber vor unserer Stärke erzittern zu lassen!

**von Christian Zimmerer**

Am Hochschulaktionstag rief der AstA-Sprecher*innenrat der Universität Passau für 9.00 Uhr und 12.00 Uhr zu »aktiven Pausen« auf. Neben den Beschäftigten aus Mensa, Poststelle, Bibliotheken, Verwaltung, Mittelbau und den studentischen Beschäftigten nahmen auch Kolleg*innen der TVStud-Kampagne, von ver.di und GEW solidarisch an der Kundgebung teil.

**Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes**

# Wir verlieren unsere Kinder

Seit 15 Jahren fahre ich mit dem Zug in die Arbeit. Mit mir sind viele Kinder und Jugendliche unterwegs zur Schule. Sie sitzen stumm nebeneinander, versunken in eine virtuelle Welt. Ab und an zeigen sie sich Tiktok-Videos oder anderes »Krasses«.

Autorin Silke Müller beobachtete in ihrem Arbeitsalltag an einer Schule, dass »krass« im Zusammenhang mit Medienkonsum heute wirklich »krass« heißt: Gewaltdarstellungen und pornografische Filme sind selbst für Zehnjährige nichts Besonderes mehr. Sie sind bereits derart abgestumpft, dass Erwachsene erschrecken. Müller konstatiert aber auch, dass insbesondere Eltern selten wissen, was ihr Nachwuchs täglich viele Minuten und Stunden lang konsumiert. Medien berichten ab und an, dass da etwas schiefläuft, wenn wieder einmal Handys von Kindern oder Jugendlichen beschlagnahmt werden, weil eine Chatgruppe einen Kinderporno geteilt hat. Die Reaktion ist meist Erstaunen bis Achselzucken: »Das war sicher keine Absicht!«

Silke Müller argumentiert, dass man in der digitalen Welt nicht so einfach wie in der realen Welt wegschauen kann. Virtuelle Bilder lassen sich nicht überblättern oder beiseitelegen. Nein, das Video »schwappt rein« und schwupps ist es auch schon abgespielt. Die bewegten (und bewegenden) Bilder bleiben dann lange im Kopf der Kinder und Jugendlichen. Sie sind damit allein in einer digitalen Welt mit ungefilterter Brutalität.

Und was tun Pädagog*innen? Wir setzen an den Schulen digitale Medien unbegrenzt ein. Wir fluten die Schüler*innen mit weiterer Bildschirmzeit! Vielen Lehrkräften fehlt dabei ein tieferes Verständnis für die Mechanismen mancher Tools. Und die meisten von uns haben keinen Einblick in das, was sich die Schüler*innen privat so »reinziehen«. Hier fordert die Autorin, dass insbesondere Erziehungsberechtigte ihre Verantwortung tragen sowie Regeln einführen und durchsetzen müssen, wie z. B. das Handy abends vor dem Bettgehen abgeben.

Ein Kollege erzählte mir, dass er sich ab und an zu seinem 14-jährigen Sohn setzt und mitsieht, was er an Nachrichten, Snaps, Tutorials etc. anguckt oder welche Spiele er spielt. Nicht, um zu kontrollieren, sondern um ein bisschen mitzukriegen, was sein Kind den ganzen Tag beschäftigt. Auch Silke Müller sieht darin eine gute Handlungsmöglichkeit für Eltern: Sich täglich zehn Minuten erzählen lassen, was z. B. die angesagte Tiktok-Influencerin »Cooles« gepostet hat. Eltern sollten aber vermeiden, zu werten. So kann man vielleicht ein Fenster aufstoßen, sodass das Kind auch von schlimmen Dingen erzählen kann, die ihm auf dem Bildschirm begegnet sind.

Silke Müller
Wir verlieren unsere Kinder!
München 2023
Droemer Knaur Verlag
224 Seiten
20,00 EUR (Printausgabe)
17,99 EUR (E-Book)
ISBN: 978-3-426-27896-3 (Printausgabe)
ISBN: 978-3-426-46646-9 (E-Book)

Müller weist auch auf den Widerspruch hin, dass gerade »overprotective« Eltern ihren Nachwuchs in Bezug auf die digitale Welt so behandeln, als ob sie ihn allein und ohne vorheriges gemeinsames Auskundschaften des Weges einen Kilometer zur Kita schicken, sobald er laufen kann. Diese Unbekümmertheit ist nicht nachvollziehbar! Wissenschaftliche Studien bewerten den Medienkonsum bei Kleinkindern sehr klar: Dieser schadet der Entwicklung. Es wird empfohlen: keine bewegten Bilder für Kleinkinder, sehr wenige bewegte Bilder für Kinder bis sechs Jahren und ein eigenes Handy frühestens ab neun Jahren.

Am Ende sind Silke Müller und auch ich bei dem Gedanken, wie ein Umdenken erzielt werden kann, etwas ratlos. Kitas und Schulen können in wiederkehrenden Infoabenden einen »Medienführerschein« anbieten. Und vielleicht wird die Generation der heutigen Jugendlichen, die mit Trigger-Warnungen aufwächst und mit der Begründung des »Unwohlseins« unangenehme Inhalte von sich fernhält, die eigenen Kinder wieder anders erziehen, als dies ihre Eltern derzeit tun.

**von Anna Forstner**
Lehrerin an einer FOS/BOS

# Kampf gegen die Militarisierung der Universitäten

Foto: Nuria Perez Rivas

**Zivilklauseln haben eine lange Tradition und sind eng mit der Friedensbewegung verbunden. Die erste trat 1986 an der Universität Bremen in Kraft. Gerade jetzt ist die damit eingehergehende Verpflichtung, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, wichtiger denn je.**

Im vergangenen März berichtete die lokale Zeitung »HNA« darüber, dass die Universität Kassel zum Ende des Jahres ihre Ausbildungskooperation mit den beiden Kasseler Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei-Wegmann (KMW) und Rheinmetall beenden wird. Insgesamt gab es in den vergangenen 15 Jahren laut Universität knapp 600 Studierende im Praxisverbund, die aus verschiedenen Unternehmen kamen. Im Rahmen des Programms haben 80 Studierende eine Anstellung bei KMW erhalten.[1]

## Rheinmetall und KMW

Rheinmetall ist einer der größten deutschen Rüstungskonzerne. Das Unternehmen liefert Waffen und Munition an Konfliktparteien und in Kriegsgebiete und umgeht so bewusst unzureichende, nationale Exportbeschränkungen. KMW verfolgt eine ähnliche Strategie. Die Panzer und Waffensysteme dieses Konzerns sind ebenfalls in Konflikten weltweit im Einsatz. Beide Konzerne rüsteten Deutschland sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg hoch. Zudem tragen sie die Verantwortung dafür, während des Nationalsozialismus Zwangsarbeiter*innen für eigene wirtschaftliche Interessen ausgebeutet zu haben.

## Zivilklausel der Universität Kassel

Die Universität Kassel verschrieb sich bereits 2013 mit der Aufnahme der Zivilklausel in ihre Teilgrundordnung dem Auftrag, dass Forschung und Lehre nur noch zivilen und demokratischen Zwecken dienen sollen. Als engagierte Studierende im Arbeitskreis (AK) Zivilklausel unterstützen wir natürlich die Entscheidung, die Kooperationen mit Rheinmetall und KMW zu beenden. Dass es jedoch nach Einführung der Zivilklausel noch ein Jahrzehnt gedauert hat, bis diese Entscheidung getroffen wurde, unterstreicht unsere Forderungen nach Instrumenten, die für eine bessere Transparenz und Kontrolle von Forschungsprojekten, -kooperationen und Studiengängen sorgen. Auf unsere Anfrage an das Präsidium, wann nun auch die Kooperationen in den dualen Studiengängen im Fachbereich 07 Wirtschaftswissenschaften beendet werden, erhielten wir bis heute keine Antwort. Der Kampf gegen die Militarisierung der Universität Kassel geht also weiter.

## Rüstung versus Bildung und Soziales

Denn während Rheinmetall & Co. stetig wachsen und steigende Umsätze einfahren, explodieren bei den Studierenden und Arbeiter*innen die Kosten für Energie und Lebensmittel. Statt Unsummen für Rüstung und Rüstungsforschung zu verschwenden, sollte dieses Geld in das Gesundheitssystem, in den öffentlichen Nahverkehr, den Umweltschutz oder den Sozialhaushalt investiert werden. Während Studis fordern, dass unser Bildungssystem nicht kaputtgespart werden darf und Kultur- und Freizeitangebote erhalten werden müssen, rollen die Panzer auf der Holländischen Straße neben der Uni vorbei und die Rheinmetall-Aktie schießt weiter durch die Decke.

Angesichts des Todes von Tausenden von Menschen sowie der Klimakrise liegt es in unserem Interesse, dass vom Menschen entwickelte Technologien in Form von Panzern und Kampfjets nicht zur weiteren Zerstörung unseres Planeten beitragen. Im Hintergrund dieser Entwicklungen wirken die Kräfte des Kapitalismus, bei dem einzig und allein der Profit und nicht das Wohl aller Menschen auf der Welt im Vordergrund steht. Profitgier ist jedoch nicht vereinbar mit Frieden und einer intakten Umwelt. Auch deshalb riefen wir die Ringvorlesung »Krieg und Frieden« ins Leben. Damit wollen wir an der Uni alternative Ansätze gegen die nationalistische und militaristische Aufrüstung anbieten, uns miteinander vernetzen und diskutieren. Denn aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Ukrainekrieg und in der von Bundeskanzler Scholz verkündeten »Zeitenwende« ist die Frage wieder offen, ob sich die Universität Kassel von den Zielen der im Grundgesetz verankerten Friedensfinalität verabschiedet oder nicht.

## Politiker*innen gegen Zivilklauseln

So reihten sich zuletzt auch vermehrt Stimmen aus dem Bundestag in die Angriffe auf die Zivilklauseln ein. Der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende von »BlackRock Deutschland« und heutige CDU-Chef Friedrich Merz zum Beispiel füllte das Sommerloch der Leitmedien mit der Einschätzung, dass Zivilklauseln »nicht mehr zeitgemäß« seien. Die Universitäten sehen sich einer aufkommenden militaristischen »Zeitenwende« gegenüber. Die Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger legte in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 21. August 2023 nach und machte keinen Hehl daraus, dass gerade der militärisch-universitäre Komplex in den USA der FDP-Ministerin als Vorbild dient. Die Verknüpfung der Wissenschaften mit dem nationalen Auftrag einer Regierung, die Waffenlieferungen zur Friedenssicherung postuliert, internationale Wissenschaftskooperationen abrupt beendet und die grundgesetzlich verbriefte Wissenschaftsfreiheit durch eine »Freiheit zur Verantwortung« ersetzen möchte, bei der »Wissenschaftler ihre Verantwortung im Interesse unseres Landes wahrnehmen« sollen, steht im klaren Widerspruch zum Wesen der Zivilklausel.

## Aufklärung und Erinnern

Gegen diese Entwicklung opponieren wir mit unserer Vorlesungsreihe, aber auch mit anderen Veranstaltungen. So organisierten wir bereits zwei antimilitaristische Feste. Mehrere Organisationen betonten dort ihr Interesse an einer Entmilitarisierung der Uni. Dabei hoben sie auch immer wieder das besondere Wesen der Zivilklausel hervor. Da wir ein historisches Bewusstsein gerade im Zusammenhang mit Krieg und Aufrüstung für außerordentlich wichtig halten, organisierten wir außerdem eine Veranstaltung zum Gedenken an die Bücherverbrennungen, die in der Zeit des Nationalsozialismus stattfanden. Dies und vieles mehr sind Möglichkeiten, um auf die Problematik der »Zeitenwende« hinzuweisen, die die aggressive Aufrüstungspolitik weiter angeheizt.

Von daher braucht es dringend eine Neuausrichtung, auch an den Unis: weg von der Militarisierung hin zur Einrichtung zusätzlicher Zivilklauseln oder zur konsequenten Durchsetzung der bereits bestehenden. Darüber hinaus müssen gute Voraussetzungen für Wissenschaft und Bildung geschaffen werden, damit Forschung, Lehre und Lernen im Sinne einer friedlichen, gerechten und demokratischen Entwicklung möglich werden. Da diese Kämpfe nicht allein an einem Campus geführt werden können, luden wir für Ende Oktober zu einem bundesweiten Zivilklausel-Kongress ein, an dem rund 50 Studierende, Lehrende und Interessierte teilgenommen haben. Die Zivilklausel-Bewegung nimmt Fahrt auf, nicht nur bei uns in Kassel. Denn vielen wird gerade jetzt wieder klar, dass vor allem Zivilklauseln einen Schritt in Richtung einer friedlicheren Welt darstellen, für den es sich insbesondere in diesen kriegerischen Zeiten einzusetzen lohnt!

**von Nuria Perez Rivas**

in Zusammenarbeit mit dem AK Zivilklausel/
Gruppe Krieg und Frieden an der Uni Kassel

1 Katja Rudolph: Uni Kassel beendet Kooperation mit Rheinmetall und KMW v. 7. März 2023; vgl. hna.de

## Aktuelle Anmerkung der Redaktion:

Inzwischen wurde der hessische Koalitionsvertrag von CDU und SPD veröffentlicht. Dort heißt es zur Zivilklausel: »Auch die aktuelle geopolitische Entwicklung verlangt nach einem neuen Nachdenken über Fragen unserer Sicherheit und der entsprechenden Infrastruktur. Wir werden daher die Hochschulen dabei unterstützen, die Friedens- und Konfliktforschung, Sicherheitsforschung und sicherheitsbezogene Forschungsansätze weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch eine Unterstützung der Hochschulleitungen bei der Überprüfung von Zivilklauseln.«

Die LandesAstenKonferenz (LAK) Hessen kritisiert diesen Angriff auf die Zivilklauseln scharf: »Die LAK äußert tiefe Besorgnis über die Ankündigung, die Zivilklausel an hessischen Hochschulen zu überprüfen. Sie sieht in der Überprüfung einen möglichen Widerspruch zur Wissenschaftsfreiheit und zur friedlichen und zivilen Tradition der hessischen Hochschulforschung. Sie fordert die Koalitionspartner auf, die Bedeutung der Zivilklausel zu respektieren und deren Geist in der Wissenschaftspolitik zu wahren. Deshalb unterstützt die LAK die hessenweite Initiative: ›Hände weg von der Zivilklausel‹. ›Auf dem Gelände der Uni, unserem Campus, wurde schon einmal das Rüstzeug für brutalen Kolonialismus, totalen Krieg und Holocaust produziert. Die von unseren Kommiliton*innen erkämpfte Zivilklausel reflektiert genau das! Wir wollen eine Uni, die den Zweck verfolgt, zivile Lösungen für die globalen Krisen zu erforschen und lehren. Panzer und Geschosse bilden das genaue Gegenteil!‹« (Roxana Sierocki, AStA Uni Kassel; PM v. 15.12.2023).

# Anerkennung von Werbungskosten für ehrenamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit

Zur Frage, ob Ruhestandsbeamt*innen Aufwendungen ihrer ehrenamtlichen Gewerkschaftstätigkeit als Werbungskosten geltend machen können, hat der Bundesfinanzhof mit Urteil vom 28. Juni 2023, Az. VI R 17/21, entschieden.

Mithilfe des GEW-Rechtsschutzes hatte eine Ruhestandsbeamtin geklagt, um die Aufwendungen ihrer ehrenamtlichen Gewerkschaftstätigkeit als Werbungskosten abzusetzen. Sie war bis zum Eintritt in den Ruhestand hauptamtlich für die GEW tätig und dafür vom Dienstherrn freigestellt. Seit dem Eintritt in den Ruhestand ist die Klägerin für verschiedene Gremien der GEW ehrenamtlich tätig. Aufwendungen für diese Tätigkeit hat sie als Werbungskosten geltend gemacht. Das Finanzamt hat diese als Werbungskosten jedoch nicht anerkannt.

## Entscheidung des Bundesfinanzhofs

Bereits in erster Instanz hat das Finanzgericht Berlin-Brandenburg entschieden, dass die streitigen Aufwendungen der Klägerin als Werbungskosten bei ihren Versorgungsbezügen zu berücksichtigen sind. Der Bundesfinanzhof bestätigte diese Entscheidung und wies die Revision als unbegründet zurück.

Grundsätzlich müssen Werbungskosten in Zusammenhang mit dem Berufseinkommen stehen. In der Begründung wird der erforderliche Zusammenhang mit den Versorgungsbezügen bejaht, weil die Gewerkschaftsarbeit der Klägerin und die dadurch bedingten Aufwendungen auch auf die Verbesserung ihrer Einkünfte als Ruhestandsbeamtin zielten.

Sollten für die GEW ehrenamtlich tätige Funktionär*innen (Ruhestandsbeamt*innen oder Rentner*innen) von demselben Sachverhalt betroffen sein, können sie sich gerne an die GEW-Landesrechtsstelle wenden.

**von Brigitte Gallner**
Sekretärin der Rechtsstelle

## Seminare der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit im März und April 2024

Anmeldeschluss ist der 1. März, detaillierte Informationen zu den Seminaren online unter www.gew-bayern.de/bildungsarbeit.

- 2./3. März in Augsburg • **Starke Frauengestalten bei Brecht** mit Dr. Katharina Städtler
- 16./17. März in Neumarkt • **Neumitgliederseminar 2024 der GEW Bayern** mit Martina Borgendale u. a.
- 13. April in Regensburg • **Sprich so, dass ich dich sehe!** Einführungsseminar: Sicheres Sprechen für Frauen
- 15. und 18. April in Nürnberg • **Umgang mit Tablet und Co.** Zwei Bildungsnachmittage für Senior*innen
- 20. April in Regensburg • **Friedenspolitisches Seminar** mit dem Bildungswerk der DFG-VK
- 22./23.April in Neumarkt • **Perspektivwechsel: »Neu im Ruhestand«** für Kolleg*innen im ersten Jahr des Ruhestands

Bei Überbuchung entscheidet das Los, bitte online anmelden: https://www.gew-bayern.de/verbindliche-seminar-anmeldung

## Bitte an der Umfrage zur Arbeit in der Weiterbildung teilnehmen

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) und das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) führen derzeit die wissenschaftliche Studie »Lehrpersonal in der Weiterbildung« durch. Um mehr über die Arbeitsbedingungen in der Branche zu erfahren, setzen die Wissenschaftler*innen auf eure Unterstützung: Wenn ihr als Dozent*innen, Kursleiter*innen oder Trainer*innen in der Fort- und Weiterbildung tätig seid, dann nehmt doch bitte an der Umfrage, die noch bis zum 15. März läuft, teil. Bitte macht auch in euren Kollegien Werbung dafür.

Zur Online-Befragung, zu weiteren Informationen und zu einem kurzen Video mit Erläuterungen zur Studie geht es hier: taeps.de und über den QR-Code

**Eure DDS-Redaktion**

## Leser*innenbriefe

Leser*innenbrief zur DDS November 2023

Die Artikel in der DDS-Ausgabe November 2023 »Pädagogik im Museum« kann ich gerne ergänzen.

Anfang Oktober wurde das seit einem Vierteljahrhundert bestehende Dokumentationszentrum Obersalzberg nach einer notwendigen Erweiterung und Neukonzeption wiedereröffnet. Ich hatte schon wiederholt Gelegenheit, mit GEW-Kolleg*innen die Dauerausstellung über die Geschichte des Obersalzbergs und die Zeit des Nationalsozialismus zu besuchen.

Dieser Lern- und Erinnerungsort kann einzeln oder in Gruppenführungen erkundet werden. Außerdem kann dort das vielfältige Bildungsangebot genutzt werden. Der Besuch ist für Schüler*innen und Lehrkräfte kostenlos. Weitere Informationen: obersalzberg.de

**von Manfred Doetsch**

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im Februar 2024 erhält den LesePeter das Jugendbuch

**Lilly Axster**

**Ich sage Hallo und dann NICHTS**

Tyrolia • Innsbruck 2023
200 S. • Hardcover • 18,00 EUR
ab 14 Jahre
ISBN 978-3-7022-4153-7

Jecinta will nur noch J. heißen und sich in keiner Sache festlegen. J. beschließt, erst einmal NICHTS zu sein – u. a. weder Mädchen noch Junge – und NICHTS zu tun. Letzteres gelingt nur so lange, bis Leo in J.'s Leben tritt. Leo verhält sich oft merkwürdig, doch J. wird den Grund für dieses Verhalten herausfinden.

# KV Nordoberpfalz: Gegen Rüstungswahn und Hetze gegen Geflüchtete

Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung (imi-online.de) erklärte in seinem Vortrag zum Antikriegstag, die Pläne zur gewaltigen Aufrüstung der Bundeswehr seien viel älter als der russische Einmarsch in die Ukraine und dieser lediglich ein willkommener Vorwand, um weitreichende Machtansprüche Deutschlands militärisch und politisch zu stellen (vgl. Jürgen Wagner: Im Rüstungswahn. Köln 2022). Der Kreisverband Nordoberpfalz beschäftigte sich danach mit den aktuellen Plänen von Europäischer Union und Bundesregierung, Flüchtlinge zu drangsalieren, ihre tägliche Not mit drastischen Kürzungen zu vergrößern und ihre Rechte im Asylantragsverfahren zu deformieren.

Was das »Gemeinsame Europäische Asylsystem« für Geflüchtete bedeutet, beschrieb Gotthold Streitberger, früherer BR-Vorsitzender bei BFW Eckert, in seinem Vortrag: Lager und Gefängnisse an den Außengrenzen der EU, formalisierte Asylverfahren ohne Chance auf Anerkennung, noch gefährlichere Fluchtwege etc. Stimmt das EU-Parlament den Plänen zu, wird dies die Not vieler dramatisch verschlimmern. Ministerin Faeser (SPD) ignoriert die Kritik von Sozialverbänden, Pro Asyl und Anwaltsverein, stattdessen folgt sie den Forderungen von Reaktionären und Faschist*innen.

Der Staat verabschiedet sich damit vom Gebot, die Würde des Menschen zu achten und Notleidende human zu behandeln. Am meisten hetzen die in Teilen faschistische AfD und die bürgerliche Rechte vom Typ Aiwanger (FW) mit FDP und CDU/CSU, auch die sogenannte politische Mitte schließt sich dem an. Nationalismus, Rassismus und Neid auf geringe Hilfe für Menschen in Not sind derzeit populär. Statt sich dem Konflikt zwischen Arm und Reich zu stellen, favorisieren viele die Spaltung in in- und ausländisch. Nach dem Vortrag, zu dem der GEW-Kreisverband Nordoberpfalz eingeladen hatte, berichteten die Anwesenden, wie Behörden, Ausländerämter, Bezirksregierungen usw. Flüchtlinge diskriminieren, mit Verboten an einer Integration ins gesellschaftliche Leben hindern, zweckmäßige Umzüge aus Sammelunterkünften zu Bekannten, Verwandten usw. untersagen oder Familien über Abschiebungen auseinanderreißen. Dabei könnten mit etwas gutem Willen die Lebenslagen vieler Flüchtlinge deutlich verbessert und Belastungen vermieden werden. Maßgeblich jedoch sind die Einstellungen von Politik und Verwaltungen, den Geflüchteten das Leben zu erschweren, um sie abzuschrecken.

Aktuell dringt die Bundesregierung auf neue drastische Erschwernisse. Die Aussichten, diese politisch zu verhindern, sind minimal. Gleichwohl waren wir uns einig, dass öffentlicher Widerspruch unverzichtbar ist und bei jeder Gelegenheit vorgetragen werden muss – gerade auch in Gewerkschaften und unter abhängig Beschäftigten. Ob Appelle an Abgeordnete, Regierungen usw. nützlich sind, blieb umstritten; denn deren Zweck ist es erklärtermaßen, Wachstum, Gewinn und Macht zu steigern, statt lebenserleichternde Sozialpolitik zu forcieren.

**von Peter Weiß**

# Menschenrechte für ein gutes Leben ohne Diskriminierung

Zum 75. Jahrestag der UNO-Menschenrechtserklärung lud das Chamer Bündnis für Toleranz und Menschenrechte am 10. Dezember zu einer Kundgebung am Platz der Menschlichkeit ein. Viele Bürger*innen kamen und folgten der Eingangsrede von Achim Deufel. Er hob die 30 Artikel der Menschenrechtserklärung, die für ein gutes Leben, für gute Arbeit und für eine gesellschaftliche Vielfalt ohne Diskriminierung stehen, hervor und erinnerte an die Verpflichtung, diese umzusetzen, auch im Landkreis.

Ich wies für den DGB Cham auf das Recht auf gute Arbeitsbedingungen, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf eine menschenwürdige Existenz, auf eine begrenzte Arbeitszeit und auf Erholung von der Arbeit hin und forderte, das Recht auf Betriebsräte einzuhalten. Anständige Mindestlöhne und tarifvertraglich vereinbarte Löhne sowie die Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge seien ebenso unabdingbar.

In Cham forderte die Lehrerin Fanny die Einhaltung der Menschenrechte auch gegenüber der LGBTIQ-Community.

Von Manfred Sturz, einem jüdischen Mitbürger, verlasen wir einen Brief: Nach einer Morddrohung resümierte er, dass der Antisemitismus nun auch in Cham angekommen sei. Gleichzeitig sprach er sich gegen jegliche Gewalt aus, da immer die Zivilbevölkerung das Leid trüge. Gewalt sei nie legitim, auch die Gewalt des Sichwehrens gelte es zu hinterfragen. Gleichzeitig bedankte er sich bei allen, die ihm nach Erhalt der Morddrohung zur Seite gestanden sind.

Die Schülerin Hannah Bauer berichtete vom ersten Christopher Street Day in Cham, kritisierte aber auch, dass die LGBTIQ-Community immer noch oft vergeblich auf Toleranz und respektvollen Umgang vonseiten der – vermeintlichen – Mehrheit hoffe. Weit verbreitet sei die Meinung, dass queere Menschen an ihrer Diskriminierung selbst schuld seien, weil sie sich immer so aufdrängen würden. Artikel 1 der Menschenrechtscharta verweise aber auf die Würde und Rechte aller Menschen. Diese seien mit Vernunft und Gewissen begabt und sollten einander im Geiste der Menschlichkeit begegnen. Dies gelte es endlich vollständig umzusetzen.

Die Lehrerin Fanny Deufel unterstützte Hannahs Anliegen und verwies auf eine aktuelle Studie zum Leben queerer jungen Menschen in Bayern. Fast 94 Prozent der 14- bis 27-jährigen queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen erlebten demnach mindestens einmal in ihrem Leben Diskriminierung, zumeist in der Schule. Queersein wird dort kaum thematisiert. In Schulbüchern gelten selbst Patchworkfamilien noch als Exoten. Antidiskriminierungsstellen seien Mangelware.

Christian Oberthür vom Bündnis sprach über die Verstöße gegen die Menschenrechtserklärung, aber auch über positive Fortschritte. Gleichzeitig hob er hervor, dass das Führen eines verantwortungsvollen Lebens eine existenzsichernde Versorgung voraussetze. Abstriche beim Bürgergeld sowie Kinder- und Altersarmut stünden dem entgegen. Auch brauche es eine anständige Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Darüber hinaus sei der Kampf gegen rechts eine große Aufgabe. Hetze gegen Minderheiten, Verstöße gegen Menschenrechte seien nicht zu dulden. Vielmehr müssen sie die Leitplanken unseres Handelns sein.

**von Marian Janka**

Kontakt zum Bündnis: cham-gegen-rechts.de und info@cham-gegen-rechts.de

# Vom goldenen Haar bis zum ABS-System des Sprechens

»Sprich, damit ich dich sehe«, so lässt Platon Sokrates in seinem Theaterstück »Charmides« sprechen. Schon vor gut 2.400 Jahren wusste Platon, was Sprache, deren Klang und Tonfall für den Einzelnen und für die Kommunikation mit anderen bedeutet.

Mit dem Thema Sprechen befassten sich die Teilnehmer*innen des vom GEW-Kreisverband Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen ermöglichten Tagesseminars »Überzeugen mit Präsenz und Stimme«, das am 22. November 2023 im Kultur- und Tageszentrum in Murnau stattfand.

Alfred E. Mair (vordere Reihe links) lehrte anhand praktischer Übungen sicheres Auftreten und erfolgreiches Sprechen.

Angefangen bei Körperhaltung und Atemtechnik bis hin zum versierten Auftreten und Sprechen vor Publikum erfuhr die Gruppe in vielen praktischen Übungen vom Referenten Alfred E. Mair Möglichkeiten, die eigene Sprechweise positiv zu beeinflussen und effektiv mit anderen zu interagieren. In einer überschaubaren Gruppe konnte der Referent auf Sprechprobleme Einzelner ganz besonders eingehen und Tipps für deren Sprechalltag geben.

Mair, der zu diesem Seminar eigens aus Südtirol angereist war, ist ein unkonventionell arbeitender und versierter Stimm- und Rhetoriktrainer, Liedermacher und Religionslehrer, der gern auch eigene Lieder in seine Sprechlektionen einbaut.

Viele Übungen, wie die vom »goldenen Haar«, vom Eigenton und vom ABS-System des Sprechens vor Publikum (Antiblockiersystem, bestehend aus auftreten, Blickkontakt suchen und sprechen) werden uns noch lange in unserem Sprechalltag begleiten.

**von Elisabeth Schlichte**

# Blick zurück nach vorn: Aktuelle Frauenkämpfe und ihre Wurzeln

Mehr als 40 Teilnehmende besuchten das diesjährige Seminar des Landesfrauenausschusses (LFA) »›Wir verdienen mehr Gehör.‹ Blick zurück nach vorn: Aktuelle Frauenkämpfe und ihre Wurzeln« am 11. November 2023 in Nürnberg. Die zahlreichen Anmeldungen erforderten es im Vorfeld, einen größeren Veranstaltungsraum zu finden. Der Raum »Burgblick« mit seiner fantastischen Aussicht auf die historische Altstadt passte dann durchaus zum Thema.

Nachdem vom LFA-Leitungsteam Martina Borgendale und ich, Renate Oehler, alle begrüßt hatten, übergaben wir Historikerin Nadja Bennewitz das Wort. In ihrem Referat spannte sie den Bogen von der frühen Industrialisierung bis zum Beginn der NS-Herrschaft. Dabei legte sie den Fokus auf die Frage nach der (gewerkschaftlichen) Organisierung von Arbeiterinnen und ihren Arbeitskämpfen sowie auf die Forderungen der ersten Pädagoginnen in den Lehrerinnenverbänden zur Verbesserung ihrer beruflichen Situation. Nachfragen und Anmerkungen der Anwesenden leiteten zum zweiten Teil über, der mit einem Rückblick auf die Verfolgung von Gewerkschafterinnen und die Anpassung großer Teile der Lehrer*innenschaft an den Nationalsozialismus begann. Auch in diesem Teil des Referates, der sich mit der Zeit nach 1945 befasste, behandelte sie sowohl Aspekte der weiblichen Industriearbeit als auch die Entwicklung des Lehrerinnenberufs. Zudem zeigte sie die Problemlagen und entsprechenden Arbeitskämpfe sowie die Abwehrstrategien auf. Zeitgenössische Bildquellen und eingesprochene Zitate der historischen Protagonistinnen im Audioformat veranschaulichten die unterschiedlichen Positionen und Zielsetzungen.

Nach dem Mittagessen brachen wir zusammen zu einer Stadtführung auf, die Nadja Bennewitz leitete. Dabei verknüpfte sie die bereits vorgestellten Inhalte mit den Lebensbiografien der historischen Frauen und den entsprechenden Schauplätzen in Nürnberg.

Im Anschluss stellte ich unter dem Leitgedanken »Wir verschaffen uns Gehör! Frauen in der GEW« den Bezug zur frauen- und gleichstellungspolitischen Arbeit in der GEW Bayern her. In einer Zeitleiste, die 1981 mit der Gründung des Kreisfrauenausschusses München begann, veranschaulichte ich, zu welcher Zeit aktive und kämpferische GEW-Frauen etwas bewegten, was sie dabei erreichten und welche Themen von Bedeutung waren.

Der Zug durch die Geschichte der historischen Frauenrechtlerinnen und GEW-Frauen lud dazu ein, einen Blick auf die eigene Geschichte zu werfen. Dabei tauschten sich die Teilnehmerinnen* aktiv und in Kleingruppen aus. Im Fokus standen die eigene Berufsfindung und Politisierung, die Motive für den Beitritt in die GEW, die Erfolge, Kraftquellen und auch die Widrigkeiten und Widerstände auf dem Lebensweg. Am Ende waren wir uns einig, dass es mehr Frauenseminare in so guter Atmosphäre geben sollte.

**von Renate Oehler, in Zusammenarbeit mit Nadja Bennewitz**

Anm.: Das Sternchen hinter »Teilnehmerinnen*« soll verdeutlichen, dass es sich auf alle Personen bezieht, die sich unter der Bezeichnung »Frau« definieren, definiert werden und/oder sich sichtbar gemacht sehen.

# 1.110 Jahre in der Bildungsgewerkschaft

## GEW Würzburg ehrt langjährige Mitglieder

»Für mich war es selbstverständlich, in die GEW einzutreten«, sagte im Rahmen der Ehrungen langjähriger Mitglieder ein ehemaliger Gymnasialschulleiter. Dem stimmten alle 29 Mitglieder zu, die sich zwischen 25 und 50 Jahren in der größten Interessenvertretung aller Bildungsberufe in der Bundesrepublik engagierten.

Die Bezirksvorsitzende Monika Hartl bestätigte dies in ihrer Laudatio: »Damals wie heute ist gewerkschaftliche Vertretung mit Streikrecht das Gebot der Stunde. Sonst verbessern sich weder Einkommen noch Arbeitsbedingungen für Angestellte und letztendlich auch für verbeamtete Beschäftigte.«

Geehrt wurden für 50 Jahre Mitgliedschaft Volkmar Topp, Peter Etthöfer, Paul Pagel, Bernd Moser, Elisabeth Glockmann und drei weitere Mitglieder, für 45 Jahre Klaus Schäfer, Helmut Radler und Sigrid Vorndran sowie für 40 Jahre Ilse Gebhardt-Gögercin und drei weitere, für 35 Jahre Christine Wolf, Gerd Sych, Bertram Schimmer und ein weiteres Mitglied, für 30 Jahre Bernhard Möller, Angela Berndt, Karola Rimmel und zwei weitere Mitglieder, für 25 Jahre Petra Held, Sonja Seebohm, Lore Koerber-Becker und zwei weitere.

**von Jörg Nellen**

Sie feierten ihre langjährige Mitgliedschaft in der GEW (v. l. n. r.): Laudatorin Bezirksvorsitzende Monika Hartl, Peter Etthöfer (50 Jahre Mitgliedschaft), Karola Rimmel (30 J.), Bernhard Möller (30 J.), Volkmar Topp (50 J.), Hildegard Wagner-Koch (50 J.), Petra Held (25 J.), Bernd Moser (50 J.), Helmut »Charlie« Radler (45 J.) und Laudatorin Freya Altenhöner, zweite Vorsitzende des GEW-Kreisverbandes Würzburg

### Die Frauen im DGB-Bezirk Bayern laden ein zum Frauenpolitischen Frühschoppen

Bayern hat einen neuen Landtag gewählt.
Der ohnehin beschämend geringe Anteil an Frauen im Parlament ist erneut gesunken, damit ist Bayern das Schlusslicht in Deutschland.
Die DGB-Frauen laden deshalb zu einem
»Frauenpolitischen Frühschoppen« ein,
um anhand von drei Schwerpunkten darüber zu diskutieren,
welche Weichen dringend anders gestellt werden müssen.

**Samstag, den 16.3.2024**, 10.30-14.00 Uhr
DGB-Haus Nürnberg, Kornmarkt 5-7, Saal »Burgblick«

**Programm**:
10.30 Uhr **Ankommen**
11.00 Uhr **Begrüßung und Impulse zu den drei Schwerpunkten**
**Dr. Verena Di Pasquale**, stv. Vorsitzende DGB Bayern

11.15 Uhr **Zeit für eine neue Zeitpolitik**
**Teresa Bücker**, Journalistin und Autorin

Anschließend moderierte Fragerunde

12.00 Uhr **Parität in den Parlamenten –**
**Der neue Landtag in Bayern**
**Christa Weigl-Schneider**, Präsidentin des Vereins Parité in den Parlamenten

Anschließend moderierte Fragerunde

12.45 Uhr **Zentrale Stellschraube für Gleichstellung:**
**Die Novellierung des Bayer. Gleichstellungsgesetzes**
**Anne Schettler**, Juristin

Anschließend moderierte Fragerunde

13.30 Uhr Offene Fragen und Diskussion zu allen drei Themen
13.50 Uhr **Schlusswort**
**Martha Büllesbach**, Frauen- und Gleichstellungspolitik des DGB Bayern
**Anmeldung:** bayern.dgb.de/frauen

### GEW und Medien – Pressemitteilungen der GEW Bayern seit November 2023

- GEW Bayern ruft Beschäftigte am staatlichen Förderzentrum Mathilde-Eller-Schule in München am 27. November zum Warnstreik auf: „Wertschätzung guter Arbeit muss sich auch für die Kinderpfleger*innen und Heilpädagog*innen in gerechtem Lohn ausdrücken!“ – PM 45 v. 23.11.2023
- GEW Bayern: Lehrkräftebildung muss dringend reformiert werden! Gesamtkonzept der GEW mit einem Berufseinstiegsjahr bei voller Bezahlung als Ersatz für Referendariat liegt vor – PM 46 v. 18.12.2023
- GEW Bayern: Lehrkräftemangel wird nicht mit einer Einschränkung der Teilzeitmöglichkeiten gelöst! – PM 1 v. 18.1.2024
- GEW Bayern: Jede Stunde zählt! Rechtsprechung zur Arbeitszeiterfassung in Schulen endlich umsetzen! – PM 2 v. 18.1.2024

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

**GEW Nürnberg lädt zum Tageseminar ein**

### Schule als Lernort für Zukunftskompetenzen Schule im Aufbruch

Referentin: **Margret Rasfeld**
Autorin und ehemalige Schulleiterin

**Samstag, 16. März 2024**, 11.00-16.30 Uhr
DGB-Haus Nürnberg, Kornmarkt 5-7, 7. Stock

Anmeldung bis spätestens 2. März per E-Mail
(anmeldungen@gew-nuernberg.de) oder Telefon: 0911 992149

# Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

**Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.**

**Altötting** Treffen nach Vereinbarung. *
Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

**Aschaffenburg/Miltenberg** * Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4433609
Mobil: 01520 8886351, Monika.hartl@gew.bayern

**Augsburg** * Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de, mobil: 0176 45506534
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

**Bad Tölz/Wolfratshausen**
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

**Bamberg** Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Café Luitpold«, 19.00 Uhr
Kontakt: ☎ 0177 8502731, hendrik.torner@gew.bayern
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter gew_bamberg

**Bayreuth/Kulmbach** Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

**Coburg** Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

**Erlangen** jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen. de, www.gew-erlangen.de

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

**Freising** * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

**Fürstenfeldbruck/Dachau** * Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

**Hof-Wunsiedel** Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau**
Kontakt: Andrea.Oberhofer@gew.bayern

**Kempten/Oberallgäu**
Kontakt: schwaben@gew.bayern

**Landshut/Westliches Niederbayern** * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern

**Lindau** * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183• gew-gerold@web.de

**Main-Spessart** * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

**Memmingen/Unterallgäu** * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

**Mittelfranken** Sprechstunde am Dienstag 14.00-15.00 Uhr, Luisenstr. 2, 90762 Fürth
Kontakt: ☎ 0911 6589010, mittelfranken@gew.bayern

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** *
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

**München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen**
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew.bayern

**München Fachgruppe Gymnasien** * Kontakt: Michael Hatala,
☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschuleforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Realschulen** * Kontakt: Susanne Brauneck, susanne.brauneck@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**
Termine: www.gew-muenchen.de/fachgruppen/schule/foerderschulen
Kontakt: Siegfried Grob, siegfried.grob@gew.bayern

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**
Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende,** Kontakt: la-m@gew-bayern.de

**München AK Personalräte und Vertrauensleute**
monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

**München AK Union Busting** * Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

**München GEW-Seniorinnen und Senioren**
Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuninger, ☎ 089 7853746

**Neumarkt/Oberpfalz**
Treffen nachfragen* Kontakt: sigrid-schindler@web.de

**Neu-Ulm/Günzburg**
Treffen: monatlich,* Gasthaus Lepple, Vöhringen
Kontakt: Claudia Heißwolf, ☎ 08337 9680
hei.bei@t-online.de

**Nordoberpfalz** Jeden 4. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *
Kontakt: Joachim Lehmann, lehmann_joachim@gmx.net

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** *
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

**Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**
Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**
Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Höbner: khoebner@posteo.de und
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

**Nürnberg/Fürth** offener Stammtisch für alle Fachgruppen *
Kontakt: Petra Wachter, mittelfranken@gew.bayern

**Nürnberg Büro für Lebenserfahrung**
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Helmut Steiner, ☎ 0911 7871549, ts.leh@gmx.de

**Nürnberger Land** * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

**Passau/Östliches Niederbayern** Treffen alle zwei Monate
Kontakt: Lea Dahms, kv-passau@gew.bayern

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

**Roth/Schwabach/Hilpoltstein** *
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

**Schweinfurt** jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755, manfred.schwinger@asamnet.de

**Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen** *
Kontakt: Elisabeth Schlichte, ☎ 08822 949343
wm-sog-gap@gew.bayern

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

**Würzburg** monatliche Treffen, *
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de